

GESELLSCHAFTS FORSCHUNG **2** 2023

Aktuelle Themen und Nachrichten

2 Standpunkt

Ökonomische und andere
Werte in der Klimapolitik:
Die Bewertung und
Bepreisung von CO₂

Andrés López Rivera

4 Presseschau

Forschung des MPIfG
in den Medien

6 Schwerpunkt

Wer beherrscht die
Unternehmen heute?

Benjamin Braun

11 Porträt

Karen Shire

14 Nachrichten

Neue Partnergruppe in Chile

20 Neuerscheinungen

Bücher, Journal
Articles und
Discussion Papers

24, 36 Veranstaltungen

Konferenzberichte
und Vorschau Winter
2023/2024

32 Freunde und Ehemalige

Was macht eigentlich ...
Helen Callaghan

34 Ausschreibungen

35 Impressum



Standpunkt

Ökonomische und andere Werte in der Klimapolitik

Die Bewertung und Bepreisung von CO₂

Die CO₂-Bepreisung wird häufig als kosteneffizienteste Lösung zur Reduzierung



Andrés López Rivera

ist seit 2022 Postdoc am Exzellenzcluster „Climate, Climatic Change, and Society“ (CLICCS) der Universität Hamburg. Zuvor promovierte er an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE). Im Fokus seiner Forschung stehen die Wechselwirkungen von klimatischen und gesellschaftlichen Veränderungen und der Einfluss von kulturspezifischen Wissensformen auf die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik.

Forschungsinteressen: globale Umweltpolitik; Sozial- und Umweltkonflikte; Lateinamerika

von Treibhausgasemissionen angepriesen. Kaum ein anderes klimapolitisches Instrument hat bei den politischen Entscheidungsträgern so große Beachtung gefunden. Grundsätzlich gibt es zwei Arten der CO₂-Bepreisung: CO₂-Steuern und der Handel mit Emissionszertifikaten. Marktorientierte Ansätze wie der Emissionshandel legen einen ökonomischen Wert für Maßnahmen fest, die zur Reduzierung oder Entnahme von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen aus der Atmosphäre beitragen, wie beispielsweise der Bau einer Anlage für erneuerbare Energien oder die Durchführung von Aufforstungsprojekten. Derartige Maßnahmen generieren Emissionsgutschriften, durch die Kohlendioxid zu einer Ware für Markttransaktionen gemacht wird, in Abtrennung vom ökologischen und sozialen Kontext. Die Frage, wie sich die Auswirkungen dieser unterschiedlichen Maßnahmen auf das Klima und die Gesellschaft bepreisen lassen, bleibt jedoch umstritten und ist Kernpunkt einer anhaltenden Kontroverse darüber, wie die im Pariser Klimaabkommen von 2015 festgelegten marktbasierten Instrumente in die Praxis umgesetzt werden können.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Interesses an CO₂-Entnahmen oder negativen Emissionen sieht das Pariser

Abkommen einen neuen Rahmen für globale Kohlenstoffmärkte vor. Im Wesentlichen gibt es zwei Formen der CO₂-Entnahme: auf natürlichem Weg, zum Beispiel durch die Aufforstung von Wäldern und die Wiederherstellung von Böden und mit technologischen Mitteln wie der *Direct Air Capture* zur Abscheidung von Kohlendioxid aus der Atmosphäre mithilfe spezieller Anlagen. Die Erwartungen an einen zukünftigen weltweiten Markt für CO₂-Entnahmen richten sich vor allem auf technologische Fortschritte, die die Entwicklung einer neuen CO₂-Entnahme-Industrie begünstigen. Allerdings haben die UN jüngst technologische CO₂-Entnahmen scharf kritisiert und sie damit als Möglichkeit, Emissionszertifikate zu erhalten, praktisch ausgeschlossen. Nach An-

Der Wert einer CO₂-Entnahme bemisst sich nicht nur danach, ob sie gut für das Klima ist, sondern auch danach, ob sie gut für die Gesellschaft als Ganzes ist.



Tuntiak Katan, ehemaliger Vice Coordinator der Organisation Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica (COICA), spricht während der Sitzung zum Thema Wald und Landnutzung auf der UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow am 2. November 2021. COICA fördert unter anderem das Konzept des „indigenen Kohlenstoffspeicher“ in der Klimapolitik.

sicht der UN schafft eine solche Form der CO₂-Entnahme Probleme im Bereich der Skalierbarkeit und der Kosteneffizienz sowie schwer kalkulierbare Risiken. Vor allem leistet sie auch keinen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, die ein Grundpfeiler des marktbasierten Mechanismus des Pariser Abkommens ist. Mit anderen Worten: Der Wert einer CO₂-Entnahme wird also nicht nur danach bemessen, ob sie gut für das Klima ist, sondern auch danach, ob sie gut für die Gesellschaft als Ganze ist.

Die Kontroverse über negative Emissionen macht deutlich, wie die Maßnahmen zur Generierung von Emissionszertifikaten ökonomische und nichtökonomische Werte widerspiegeln. Im Rahmen meiner Forschung konnte ich diese Dynamik beim sozialen Widerstand der indigenen Bevölkerung im Amazonasgebiet gegen den Emissionshandel beobachten. Mehrere Länder dieses Gebiets planten politische Maßnahmen, um Wälder für den Handel mit Emissionszertifikaten zu bepreisen. Die indigenen Völker jedoch verwiesen auf die

Bedeutung anderer, nichtökonomischer Werte von Waldökosystemen und indigenen Territorien im Allgemeinen. Konkret schlug der Dachverband der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA, das Konzept der „indigenen Kohlenstoffspeicher“ (*indigenous carbon*) im Gegensatz zum rein forstlichen Konzept vor, um den bis dahin nicht anerkannten Beitrag indigener Territorien zum Klimaschutz hervorzuheben, der über die Funktion der Wälder als Kohlenstoffspeicher hinausgeht. Die Mobilisierung zugunsten indigener Kohlenstoffspeicher zielte also darauf ab, diese anderen Werte, einschließlich der kulturellen und biologischen Vielfalt sowie der indigenen Selbstverwaltung der Wälder sichtbar zu machen. Entscheidend ist, dass sich diese Werte nicht immer aus wirtschaftlicher oder monetärer Sicht beurteilen lassen und häufig eines besonderen Schutzes bedürfen, damit sie *nicht* Teil des wirtschaftlichen Austauschs werden. Die indigenen Völker im Amazonasgebiet haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass einige Länder der Region diese Werte in ihren politischen

Maßnahmen berücksichtigt haben. Allerdings hat ihr Engagement bisher noch keine grundlegende Reform nationaler klimapolitischer Strategien bewirkt.

Das Engagement der indigenen Völker gegen den Emissionsrechtehandel im Amazonasgebiet lässt erahnen, welche weiteren Konflikte sich aus den laufenden Verhandlungen über die Kriterien für die Vergabe von Emissionszertifikaten im Rahmen der marktbasierten Instrumente des Pariser Abkommens ergeben können. Insbesondere die Kontroverse über die CO₂-Entnahmen erscheint wie eine Fortführung dieser Kämpfe in Form einer technischen Auseinandersetzung über die Festlegung der verschiedenen Werte, die natürliche und technologische Maßnahmen für das Klima und die Gesellschaft generieren. Die laufenden Verhandlungen werden maßgeblichen Einfluss auf den künftigen Ausbau der Kohlenstoffmärkte und vor allem auch auf die Ausbreitung sozialökologischer Konflikte über diejenigen Werte haben, die nicht Teil des wirtschaftlichen Austauschs sind – oder sein sollten.

Zum Weiterlesen

Andrés López Rivera
Re-Encountering Climate Change: Indigenous Peoples and the Quest for Epistemic Diversity in Global Climate Change Governance.
 Dissertation, Universität Duisburg-Essen, Duisburg 2022.
<https://tinyurl.com/LopezRivera-Diss>

Andrés López Rivera
Diversifying Boundary Organizations: The Making of a Global Platform for Indigenous (and Local) Knowledge in the UNFCCC. *Global Environmental Politics* 23 (4): 52–72 (2023).
<https://tinyurl.com/Lopez-Rivera-glep23-4>

Forschung des MPIfG in den Medien

Jens Beckert

Ökonomie und Moral schließen sich nicht aus

3sat, scobel | 28.09.2023

Zu einer Diskussion über einen neuen, ethischen Kapitalismus hatte Gert Scobel in seine 3sat-Sendung eingeladen. Über „Profit durch Moral“ sprachen der Ökonom Marcel Fratzscher (DIW Berlin), der Philosoph Markus Gabriel (Universität Bonn) und Jens Beckert, Direktor am MPIfG. Diskutiert wurde unter anderem über die Zusammenhänge von materiellen und ethischen Werten und über die Frage, welchen ethischen Prinzipien Unternehmen folgen sollten, die auch der jetzt in die Arbeitswelt eintretenden jüngeren Generation gerecht werden.

<https://tinyurl.com/Beckert-bei-Scobel>

Leon Wansleben

Rekord-Goldreserven: „Die Länder befürchten, dass die USA ihre Hegemonialmacht ausnutzen“

Berliner Zeitung | 12.07.2023

Immer mehr Staaten stocken ihre physischen Goldbestände auf. Im Gespräch mit der Berliner Zeitung erörtert Leon Wansleben, Wissenschaftler am MPIfG, die Motive dieser Länder und erläutert die Probleme einer an Gold gebundenen Währung.

<https://tinyurl.com/Wansleben-BerlZeitung>

Jens Beckert

Ohne Schuldenerlasse kein wirksamer Klimaschutz

Handelsblatt | 22.09.2023

Am Beispiel Ecuadors diskutiert MPIfG-Direktor Jens Beckert, wie die Macht der Finanzwelt den Klimaschutz ausbremst. Mit einer Herabstufung auf die Note CCC+ reagierte die Ratingagentur Fitch auf ein Votum der Bevölkerung gegen die Ölförderung in einem Biosphärenreservat. Damit sind nicht nur Einnahmeausfälle für das Land verbunden, sondern es wird auch anderen Ländern signalisiert, dass das Geld wichtiger als der Klimaschutz ist. Nur über Schuldenerlasse für Länder des globalen Südens könne dieser Entwicklung Einhalt geboten werden.

<https://tinyurl.com/Beckert-Gastkommentar4>

Jens Beckert

Die deutsche Politik vertreibt den Nachwuchs an den Universitäten

Handelsblatt | 03.07.2023

In einem Beitrag für das Handelsblatt nimmt Jens Beckert, Direktor am MPIfG, die von der Regierung vorgegebene Personalpolitik deutscher Universitäten kritisch in den Blick. Er plädiert dafür, sich bei der anstehenden Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes am amerikanischen Modell der Tenure-Track-Professuren und an der dortigen Forschungsfinanzierung zu orientieren.

<https://tinyurl.com/Beckert-Gastkommentar5>

Leon Wansleben

Eingefrorene russische Milliarden: Deutschland verhindert Überweisung an Ukraine

Berliner Zeitung | 28.06.2023

Die EU möchte die eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank der Ukraine dem Wiederaufbau des Landes zukommen lassen – doch Deutschland stellt sich bislang quer. Leon Wansleben, Forschungsgruppenleiter am MPIfG, erläutert im Gespräch mit der Berliner Zeitung, was dafür- und was dagegen sprechen könnte, dieses Geld der Ukraine zur Verfügung zu stellen.

<https://tinyurl.com/Wansleben-BerliZeitung2>

Eva Maria Gajek

„Viele Täter haben eine zu naive Vorstellung vom Reichtum ihres Opfers“

ZEIT Verbrechen | 13.06.2023

Die MPIfG-Wissenschaftlerin Eva Maria Gajek spricht im Interview mit Eva Sudholt über ihre Forschung zu Entführungsfällen in deutschen Millionärsfamilien.

<https://tinyurl.com/Gajek-ZeitVerbrechen>

Martin Höpner

Wird Deutschland ein Entwicklungsland? Ökonom wünscht uns eine „sanfte Deindustrialisierung“

Berliner Zeitung | 09.06.2023

Die Berliner Zeitung thematisiert die jüngsten Entwicklungen der deutschen Industrie, den Einbruch der Ausfuhren und die möglichen Folgen für das Exportland Deutschland. Zitiert wird Martin Höpner, Forschungsgruppenleiter am MPIfG, der davor warnt, die Deindustrialisierung durch Exportsteigerungen zu verhindern. Wenn der Exportsektor weiter so groß gehalten werde, sei die größte Gefahr ein plötzlicher Crash der Industrie. Er hofft auf „ein Einschwenken auf eine sanfte Deindustrialisierung“.

<https://tinyurl.com/Hoepner-BerliZeitung>

Leon Wansleben

Fiskaldemokratie und „Bailout-Staat“

Makroskop | 10.05.2023

„In einem überdimensionierten Finanzsektor werden staatliche Rettungsprogramme für Banken zur Routine.“ Leon Wansleben, Forschungsgruppenleiter am MPIfG, fordert mehr Transparenz bei den „Bailouts“ und die Einbindung von Parlamenten in diesen Prozess.

<https://tinyurl.com/Wansleben-Makroskop>

Leon Wansleben

Gefährliche Rettungsroutine

Frankfurter Allgemeine Zeitung
16.04.2023

Leon Wansleben, Leiter der Forschungsgruppe „Soziologie öffentlicher Finanzen und Schulden“ am MPIfG, erörtert die zur Routine gewordene Bankenrettungspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Er plädiert dafür, die zugrunde liegenden Logiken der Bankenrettungen aus einer veränderten Perspektive zu hinterfragen – unter Rückbesinnung auf die Entwicklung moderner Wohlfahrtsstaaten. Nur so lasse sich der Entkoppelung der Finanzsysteme von demokratischen Institutionen entgegenwirken.

Benjamin Braun

„Asset-Manager haben nicht das soziale Optimum im Sinn“

Finanz und Wirtschaft | 10.03.2023

„Passives Investieren ist im Trend. [...] Und mit dem schnellen Wachstum der Fondsindustrie konzentrieren sich die Anteile an Unternehmen zusehends in den Händen einer weniger Fondshäuser.“ Der MPIfG-Wissenschaftler Benjamin Braun spricht über den Einfluss der Fondsindustrie auf den Kapitalismus.

<https://tinyurl.com/Braun-FuW>

Ariane Leendertz

Eine Neudeutung des Neoliberalismus

Frankfurter Allgemeine Zeitung
02.03.2023

Der Neoliberalismus hat nicht den Keynesianismus, sondern den Solutionismus abgelöst: den Glauben an die Problemlösungsfähigkeit des Staates mittels sozialwissenschaftlicher Forschung. In einem Artikel für die Frankfurter Allgemeine Zeitung bespricht Thomas Thiel zentrale Thesen aus Ariane Leendertz' Buch „Der erschöpfte Staat: Eine andere Geschichte des Neoliberalismus“.

<https://tinyurl.com/Leendertz-Neudeutung-FAZ>

Benjamin Braun

Die Aktienrente ist eine Finanzialisierungsmaschine

Jacobin | 20.01.2023

„Gesundheit, Pflege und Wohnen sind das Fundament einer guten Altersvorsorge“: Der MPIfG-Wissenschaftler Benjamin Braun zeigt auf, wie diese Bereiche durch die von der FDP ausgedachte Aktienrente ausgeschlachtet würden.

<https://tinyurl.com/Braun-Jacobin>

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter

www.mpifg.de/mpifg-in-medien



Schwerpunkt Wer beherrscht die Unternehmen heute?

Fonds- und Private-Equity-Gesellschaften beherrschen immer mehr sowohl international als auch in Deutschland die Unternehmenslandschaft. Dadurch verschieben sich die Machtverhältnisse im Kapitalismus. Bringt der Asset-Manager-Kapitalismus die Deutschland AG zurück?

Vor genau zwanzig Jahren erschien das Buch „Wer beherrscht die Unternehmen?“. Darin befasste sich Martin Höpner (MPIfG) mit dem Schicksal der „Deutschland AG“ – dem Netzwerk an gegenseitigen Beteiligungen, das die größten deutschen Unternehmen über weite Strecken des 20. Jahrhunderts hinweg zusammengehalten hatte. Wie einige Jahre zuvor von den MPIfG-Wissenschaftlern Martin Höpner und Lothar Krempel dokumentiert, befanden sich die Deutsche Bank und die Allianz-Versicherung im Zentrum dieses Netzwerks (Abbildung 1).

Ab den 1990er-Jahren veranlassten Globalisierung, Finanzmarktliberalisierung und durch die Bundesregierung geschaffene steuerliche Anreize die deutschen Unternehmen, ihre strategischen Beteiligungen abzustößen. Diese „Abwicklung“ der Deutschland AG würde, so die dama-

lige Erwartung in der vergleichenden politischen Ökonomie, zu einer viel stärkeren Streuung des Aktienbesitzes unter institutionellen Investoren mit kurzen Anlagehorizonten führen. Diese Erwartung einer „Amerikanisierung“ der Aktionärslandschaft wurde zum Teil erfüllt – heute dominieren institutionelle Investo-

größerer Streuung ist die Aktionärsstruktur heute ähnlich konzentriert wie während der Hochzeiten der Deutschland AG – mit dem Unterschied, dass heute nicht mehr deutsche Banken und Versicherungen die dominanten Aktionäre sind, sondern US-amerikanische Vermögensverwalter. Die beiden größten

Nicht mehr deutsche Banken und Versicherungen sind die dominanten Aktionäre im deutschen Aktienmarkt, sondern US-amerikanische Vermögensverwalter.

ren aus dem Ausland, insbesondere aus den USA, die Aktionärslandschaft.

In anderer Hinsicht wurde die Erwartung jedoch spektakulär widerlegt: Statt einer

heißen BlackRock und Vanguard. Zudem wächst erstmals auch im Bereich der nicht an der Börse notierten Unternehmen die Bedeutung institutioneller Beteiligungsgesellschaften.

Von Hilferdings Finanzkapital zum Asset-Manager-Kapitalismus

Um die Bedeutung dieses Wandels zu erfassen, ist eine breitere historische und theoretische Perspektive erforderlich. Kapital ist heute in erster Linie „institutionelles“ Kapital – Kapital also, das in Sammelstellen wie Pensionsfonds und Stiftungen organisiert ist, die ihr Kapital ihrerseits an noch größere Kapital-sammelstellen weiterreichen: an kommerzielle Vermögensverwalter oder „Asset-Management-Firmen“.

Dieser neue Asset-Manager-Kapitalismus findet seinen historischen Vorläufer in dem von Rudolf Hilferding – dem marxistischen Theoretiker und Finanzminister der Weimarer Republik – beschriebenen „Finanzkapital“. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts benötigten Industrieunternehmen Kapital in einem noch nie dagewesenen Umfang, wodurch sich das Angebot von durch den Unternehmenssektor in den Verkehr gebrachten Finanztiteln ausweitete. Die Nachfrage nach externer Finanzierung verschmolz zwei Welten, die bis dahin weitgehend unabhängig voneinander existiert hatten: die Industrie und die Kapitalmärkte. Das Ergebnis war das zunehmende Engagement des Bankensektors in der Industrie, in Form immer umfangreicherer Kreditbeziehungen und direkter Beteiligungen am Aktienkapital der Industrieunternehmen.

Indem sie insbesondere in Deutschland und in den USA die Bildung von Monopolen unterstützten, wurden die Finanziers zu den dominierenden Aktionären und Gläubigern der Unternehmensgiganten, die sie zu schmieden halfen. Sie hatten ein hohes Maß an Kontrolle, doch ihre Portfolios waren schlecht diversifiziert, in ihren Heimatländern konzentriert und damit anfällig für die Launen des Kapitalismus. In den Vereinigten Staaten wurde das wachsende Bewusstsein für diese Anfälligkeit im Zusammenhang mit den Kartellverstößen der „Progressive Era“ und den Steuererhöhungen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg zu einer treibenden Kraft für die Diversifizierung der großen Privatvermögen.

Ende des 19. Jahrhunderts verschmolz die Nachfrage nach externer Finanzierung zwei bis dahin nicht verbundene Welten: die Industrie und die Kapitalmärkte.

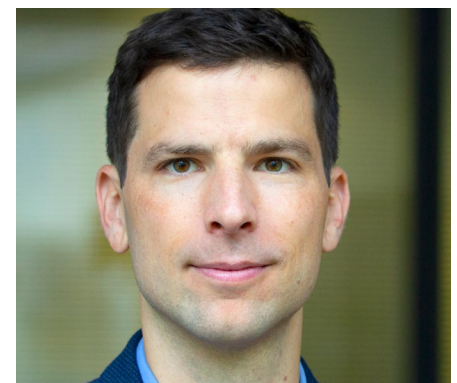
Über ein Jahrhundert später nimmt der Finanzsektor erneut eine dominante Position gegenüber dem Unternehmenssektor ein. Anders als zu Hilferdings Zeiten sind die zentralen Akteure jedoch nicht mehr Banken, sondern Asset-Management-Firmen. Die wichtigsten sind Private-Equity-Firmen (zum Beispiel Blackstone) und die großen Fondsgesellschaften (zum Beispiel BlackRock). Diese Asset-Management-Firmen können Anlagestrategien verfolgen, die für einzelne Vermögende zu kostspielig oder zu komplex wären. Dadurch verändert sich das Machtgefüge zwischen Vermögensbesitzern und dem Rest der Gesellschaft – Beschäftigte, Unternehmen und der Staat.

Spezialisierte Asset-Management-Firmen ermöglichen es Vermögenseigentümern, ihre Portfolios über Sektoren, Regionen und Anlageklassen hinweg zu diversifizieren und dabei gleichzeitig liquide Anteile an verschiedenen Formen von Investmentfonds zu halten. Zudem – und dieser Punkt ist entscheidend – ermöglicht die Institutionalisierung des Kapitals ein hohes Maß an Kontrolle über nichtfinanzielle wirtschaftliche Aktivitäten. Auf diese Weise ermöglicht der Asset-Manager-Kapitalismus die Quadratur des Kreises: Vermögenseigentümer genießen sowohl die Vorteile der Diversifizierung und der Liquidität für den Schutz und die Bewahrung des Vermögens als auch die Vorteile der Kontrolle für die Maximierung der Rendite.

Private Equity: Die Blackstone-Ökonomie

Bei Private-Equity-Firmen handelt es sich um Beteiligungsgesellschaften, die Beteiligungen erwerben und veräußern. Sie sind insofern „privat“, als die Unternehmensanteile, die sie erwerben, zu-

nächst nicht an einer Börse (die dem Anlegerpublikum offensteht) gehandelt werden. Diese Private-Equity-Firmen präsentieren sich gerne als unentbehrliche Landschaftspfleger im Garten des Kapitalismus. Der Ökonom Joseph Schumpeter sah die Essenz des Kapitalismus darin, dass Unternehmen beständig alte Produktionsverfahren durch effizientere neue ersetzen und dadurch Konkurrenten aus dem Markt drängen. In der Praxis können gesellschaftliche Normen, oder gar gesetzliche Regelungen, diese „schöpferische Zerstörung“ bisweilen verhindern, indem sie bestimmte



Benjamin Braun

ist Politikwissenschaftler und seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG. Sein Forschungsschwerpunkt ist die politische Ökonomie des Finanz- und Geldsystems. Seine aktuelle Forschung befasst sich unter anderem mit „grünen“ makrofinanziellen Regimen, der Interaktion zwischen Wachstumsmodellen und Finanzialisierung sowie mit dem Preissetzungsverhalten von Unternehmen. Er arbeitet an einem Buch zum Asset-Manager-Kapitalismus, das voraussichtlich 2025 bei Chicago University Press erscheinen wird.

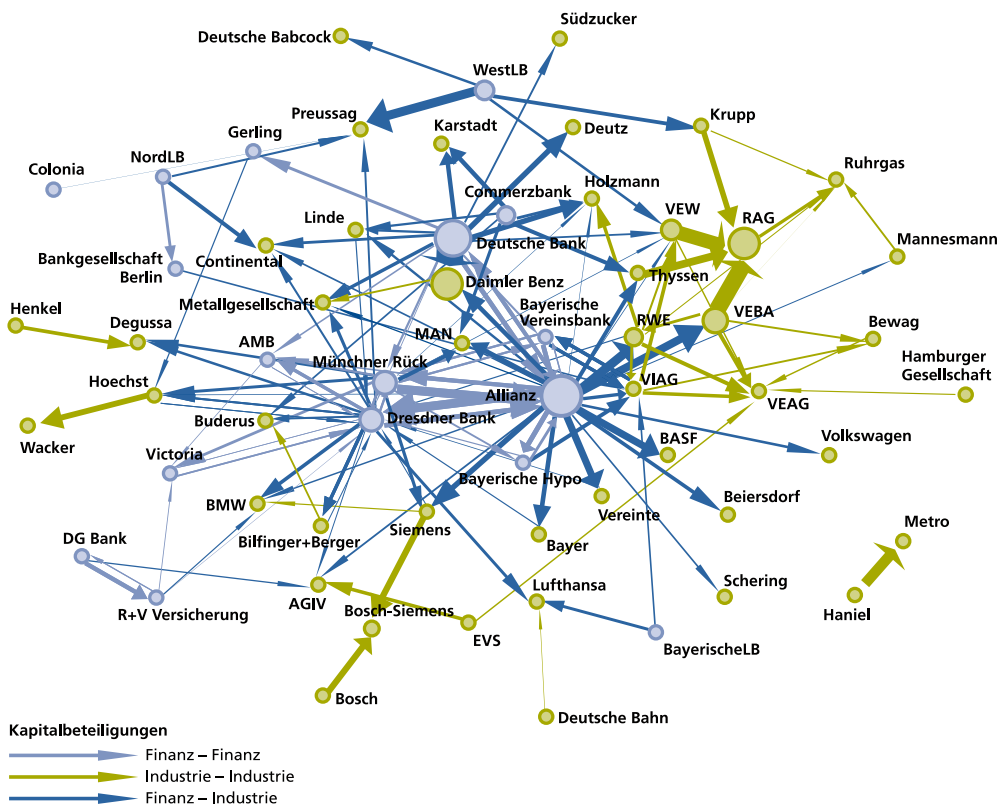


Abbildung 1: *Kapitalverflechtungen in Deutschland, 1996.* Die Abbildung zeigt das Netzwerk an Beteiligungen an DAX30-Unternehmen. Die Breite der Pfeile ergibt sich aus der Größe der jeweiligen Beteiligung, die Größe der Kreise aus der relativen Zahl der Beteiligungen und die Farbe aus der Sektorzugehörigkeit der beiden Seiten (Finanz und Industrie).

© MPIfG/Lothar Krempel

Sektoren – wie etwa den Gesundheitssektor – bis zu einem gewissen Grad vom marktwirtschaftlichen Wettbewerb ausnehmen. An dieser Stelle kommen nun Private-Equity-Firmen ins Spiel, die „unwirtschaftlich“ geführte Unternehmen übernehmen, sie umstrukturieren und gewinnbringend weiterverkaufen (das sogenannte Buy-out-Modell).

In der Selbstdarstellung von Private-Equity-Firmen liegt ihre Rolle also darin, verkrustete Strukturen in Unternehmen aufzubrechen und der notwendigen „schöpferischen Zerstörung“ gewissermaßen unter die Arme zu greifen. Diese Beschreibung war in den 1980er-Jahren in den USA durchaus zutreffend. Inzwi-

Private-Equity-Firmen präsentieren sich gerne als unentbehrliche Landschaftspfleger im Garten des Kapitalismus.

schon hat sich das Geschäftsmodell der Private-Equity-Firmen jedoch grundlegend verändert. Statt auf „schöpferische Zerstörung“ zielt dieses Geschäftsmodell inzwischen vor allem darauf ab, die höchstmöglichen Renditen bei geringstmöglichem Risiko zu erwirtschaften.

Diese Entwicklung wurde dadurch befördert, dass Private Equity sich von einem Nischenprodukt zu einer Anlageform entwickelt hat, die in keinem Pensionsfonds- oder Staatsfonds-Portfolio mehr fehlen darf. Durch diesen Zufluss an Kapital wurde das traditionelle Buy-out-Modell schlicht zu klein. Private-Equity-Firmen drängten nun auch in den Immobilien- und Infrastrukturbereich, wo sich stetige Renditen etwa durch Mieteinnahmen erzielen lassen. Im Unternehmensbereich hat Private Equity das „Roll-up-Modell“ entwickelt, bei dem Unternehmen, die früher lokal und in Familienbesitz waren, aufgekauft und zu größeren Einheiten verbunden werden.

Die Parallelen zur Rolle der Finanzwirtschaft in der Fusionswelle um 1900 sind

frappierend. Damals erfuhr die Unternehmenslandschaft in den USA eine rasante Konsolidierung, in deren Verlauf sich aus Dutzenden und bisweilen Hunderten Kleinunternehmen wenige Großkonzerne formten. Private-Equity-Beteiligungen im Bereich Infrastruktur erinnern an die von dem Unternehmer und Privatbankier John Pierpont Morgan gegründeten Eisenbahn-, Schifffahrts- und Telefon-Trusts, während „Roll-ups“ den Industriezusammenschlüssen („trusts“) ähneln, die ebenfalls aus ehemaligen Familienunternehmen gebildet wurden, um Skaleneffekte zu generieren und den Wettbewerb zu reduzieren oder gänzlich auszuschalten.

Damals wie heute ist die vollständige Kontrolle über nichtfinanzielle Vermögenswerte der Schlüssel für die Erwirtschaftung der außergewöhnlich hohen Renditen, die das Private-Equity Modell verspricht. Sie ermöglicht eine Priorisierung kurzfristiger Renditen über langfristige wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Heute verfolgen Private-Equity-Gesellschaften diese Stra-

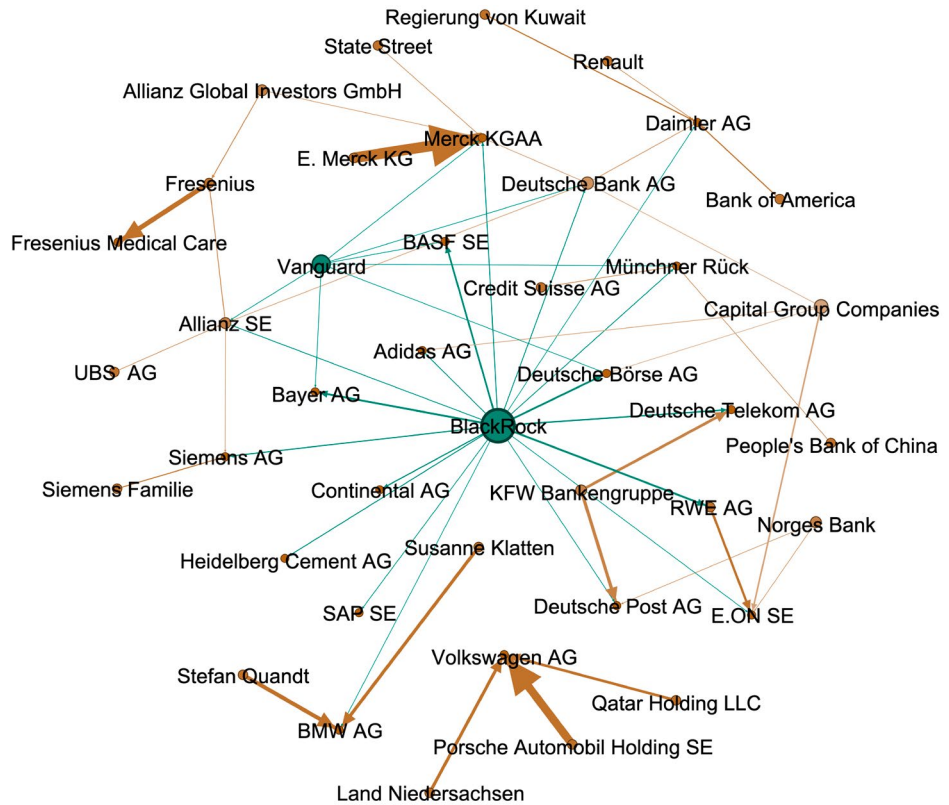


Abbildung 2: **Kapitalverflechtungen in Deutschland, 2020.** Die Abbildung zeigt das Netzwerk an Beteiligungen an DAX30-Unternehmen, die über 3 Prozent des Aktienkapitals liegen. Die Breite der Pfeile ergibt sich aus der Größe der jeweiligen Beteiligung, die Größe der Kreise aus der relativen Zahl der Beteiligungen. Die Farbgebung verdeutlicht die Zentralität eines Unternehmens im Netzwerk. BlackRock und Vanguard bilden die zentralen Knotenpunkte.
Quelle: Voss (2023), auf Basis von Orbis-Daten.

tegie genau dort, wo die Art der wirtschaftlichen Aktivitäten – Gesundheit, Pflege und andere direkte Dienstleistungen – bisher ein Hindernis für kommerzielle Zusammenschlüsse und Konglomerate darstellte.

**Fondsgesellschaften:
Die Black-Rock-Ökonomie**

Mit Blick auf die Struktur des Aktienbesitzes von börsennotierten Unternehmen wird klassischerweise unterschieden zwischen konzentrierten Aktionärsstrukturen, die von Familien und Nicht-Finanzunternehmen beherrscht werden, und verstreuten Strukturen, in denen institutionelle Anleger dominieren. Der Aufstieg indexorientierter Asset-Manager unterwandert jedoch diese Unterscheidung: Heute ist die Aktionärsstruktur in den USA gerade deshalb besonders konzentriert, weil es sich bei den USA um den Heimatmarkt der beiden größten Vermögensverwalter, BlackRock und Vanguard, handelt. Wie in Abbildung 2 zu sehen, nehmen diese beiden Fondsgesellschaften inzwischen auch in Deutschland eine dominante Stellung ein.

Im Hinblick auf ihre Zentralität in diesen Beteiligungsnetzwerken ähnelt die Stellung von BlackRock und Vanguard der Stellung der größten Banken im späten 19. Jahrhundert. Wie damals üben diese Finanzunternehmen großen Einfluss auf die Unternehmensführung aus, und damit auf die Investitionen und Produktionstechnologien der Zukunft. In der Praxis sind diese „Big-2“-Vermögensverwalter jedoch zurückhaltend, wenn es darum geht, ihr Stimmrecht zur Gestaltung der Wirtschaft einzusetzen. Das Ergebnis scheint paradox: Weshalb weigern sich die wenigen institutionellen Akteure, in deren Händen sich die Macht konzentriert, diese Macht auszuüben?

Die Antwort liegt in den USA, wo die großen Fondsgesellschaften massiven politischen Gegenwind von rechts bekommen haben. Und zwar hat die republikanische Partei zum Kampf gegen das „woke capital“ und seine Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards (engl.: „ESG“, Environmental, Social and Governance Standards) aufgerufen. Der materielle Hintergrund dieses Kultur-

kampfes besteht in den wirtschaftlichen Interessen vieler republikanisch regierter Bundesstaaten, in denen die Förderung und Verwertung fossiler Brennstoffe einen wichtigen Teil der wirtschaftlichen Aktivität ausmacht. In dieser Zwickmühle versuchen die Vermögensverwalter offenbar, so viel klimapolitische Signale auszusenden wie nötig, um Demokraten zu besänftigen, und gleichzeitig so wenig wie möglich zu tun, was vom Anti-Wall-Street-Flügel innerhalb der republikanischen Partei gegen sie verwendet werden könnte.

In ihrer zunehmend prekären Lage versuchen die großen Fondsgesellschaften inzwischen, weniger Stimmrechte zu

Die großen Fondsgesellschaften nutzen ihr Stimmrecht nur verhalten zur Gestaltung der Wirtschaft.



Private Equity hat sich von einem Nischenprodukt zu einer Anlageform entwickelt, die in keinem Pensionsfonds- oder Staatsfonds-Portfolio mehr fehlen darf. Durch diesen Zufluss von Kapital sind Private-Equity-Firmen inzwischen auch im Immobilien- und Infrastrukturbereich tätig, wo sich stetige Renditen etwa durch Mieteinnahmen erzielen lassen. Auch das Gesundheitswesen ist in den vergangenen Jahren zunehmend Ziel von Private-Equity-Firmen geworden.

kontrollieren, indem sie diese an ihre Kunden „zurückgeben“ und somit institutionellen Anlegern die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, wie ihre Stimmrechte von den Fondsgesellschaften ausgeübt werden sollen. Hierbei handelt es sich um eine kuriose Umkehrung der Praktiken aus der Zeit des Finanzkapitals, als Banker wie Pierpont Morgan Treuhandgesellschaften mit Stimmrechten einrichteten, um *mehr* Stimmen zu kontrollieren, als sie Aktien hielten.

Wandel der Machtverhältnisse im Kapitalismus

Der Aufstieg der Vermögensverwalter verschiebt die Machtverhältnisse im Kapitalismus. Im Vergleich zu vor zwanzig Jahren ist viel mehr Macht in wenigen, überwiegend US-amerikanischen Fonds- und Private-Equity-Gesellschaften konzentriert. Dieser Wandel manifestiert sich lokal in unterschiedlicher Form und

Intensität. In den USA stellt das Roll-up-Modell eine ernsthafte Bedrohung für den Wettbewerb dar. Die Federal Trade Commission geht erstmals wettbewerbsrechtlich gegen ein Private-Equity-Unternehmen vor, das in Texas systematisch Anästhesie-Praxen aufgekauft und anschließend die Preise für ihre Gesundheitsdienstleistungen erhöht hatte. In Deutschland lassen sich ähnliche Entwicklungen in einem früheren Stadium erkennen. Dennoch wäre es irreführend, diese Entwicklungen als Reinkarnation einer Deutschland AG 2.0 zu interpretieren: BlackRock ist nicht die Deutsche Bank und Blackstone ist nicht die Allianz. So bleibt es etwa eine offene empirische Frage, ob und wie diese Internationalisierung und Institutionalisierung der Eigentümerstrukturen das exportorientierte deutsche Wachstumsmodell verändern wird.

Zum Weiterlesen

Benjamin Braun
Exit, Control, and Politics: Structural Power and Corporate Governance under Asset Manager Capitalism. *Politics & Society* 50 (4): 630–54 (2022).

Brett Christophers
Our Lives in Their Portfolios: Why Asset Managers Own the World. London: Verso Books, 2023.

Madison Condon
Externalities and the Common Owner. *Washington Law Review* 95 (1) (2020), <https://tinyurl.com/Condon-WLR-2020>.

Jan Fichtner, Eelke M. Heemskerk, and Javier Garcia-Bernardo
Hidden Power of the Big Three? Passive Index Funds, Re-concentration of Corporate Ownership, and New Financial Risk. *Business and Politics* 19 (2): 298–326 (2017).

Martin Höpner
Wer beherrscht die Unternehmen? Shareholder Value, Managerherrschaft und Mitbestimmung in Deutschland. Frankfurt a.M: Campus, 2003.

Lenore M. Palladino
Establishing a Public Option for Asset Management in the United States. *Review of Social Economy*, published online August 3, 2023, <https://tinyurl.com/Palladino-RSE2023>

Dustin Voss
Asset Manager Capitalism and National Corporate Governance Models. Working paper, London School of Economics and Politics, London 2023. <https://tinyurl.com/Voss-LSE-WP>

Arbeit, Migration und Ausbeutung Ursachen für Ungleichheit im Blick

Karen Shire ist Inhaberin des Lehrstuhls für Vergleichende Soziologie und Japanische Gesellschaft an der Universität Duisburg-Essen. Als Mitglied der Faculty des IMPRS-SPCE engagiert sie sich in dem von zwei Universitäten und dem MPIfG getragenen Doktorandenprogramm und ist hier zugleich Förderin und Rollenmodell für junge Forschende. Ihre Forschung zum Wandel von grenzüberschreitender Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen sowie daraus entstehende soziale Ungleichheiten führt sie immer wieder auch ans MPIfG.



Caspar Dohmen

Es sei ihr gegangen wie vielen anderen Forschenden, ein Thema habe zum nächsten Thema geführt. Das sagt Karen A. Shire, fragt man sie, wie es dazu kam, dass sie als US-amerikanische Soziologin an der Universität Duisburg lehrt, wo sie vor allem zu transnationalen Arbeitsmärkten in Europa forscht. Seit 2022 ist sie dort Prorektorin für Universitätskultur, Diversität und Internationales. Dass sie sich mit Fragen der Arbeit und der Ausbeutung von Menschen beschäftigt, hat aber auch einiges mit frühen Lebenserfahrungen und ihrem Hang zu tun, sich immer wieder auf Neues einzulassen.

Ihr Vater war aus dem Libanon in die USA ausgewandert, die Familie ihrer Mutter lebte schon mehrere Generatio-

nen in den USA. Sie wächst als älteste von drei Schwestern in den 1960er-Jahren in der Innenstadt von Boston auf, damals ein gefährliches Pflaster. „Ich durfte mit meiner Schwester nur im Hinterhof spielen, es war eine harte Zeit“, erinnert sie sich. Als sie acht Jahre alt war, zog die Familie deswegen auf das Land.

Soziologisch betrachtet, resultieren Ungleichheiten aus drei Bereichen: soziale Herkunft, Bildung und Arbeitsverhältnisse. Letzteres habe sie besonders inter-

essiert. Sie habe sich als Heranwachsende gewundert, wie sehr öffentlich in den USA, aber auch privat in ihrer Familie „die Idee der Demokratie“ hochgehalten wurde und wie wenig demgegenüber „demokratische Verhältnisse am Arbeitsplatz eine Rolle spielen“. Sie erlebt als Schülerin und Studentin in ihrem Nebenjob als Setzerin in einem Verlag ganz praktisch, wie wenig Einfluss Beschäftigte in den USA haben: Die meisten können noch heute von einem Tag auf den anderen entlassen werden.

Es gibt gesellschaftliche Institutionen, die Beschäftigten „eine Stimme am Arbeitsplatz“ geben.

Sie fängt an, sich mit historischen Ideen der Wirtschaftsdemokratie zu beschäftigen: den Plänen der Zweiten Internationale oder der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes während der Zeit der Weimarer Republik. Es habe sie als Amerikanerin neugierig gemacht, dass man Institutionen bauen könne, die die Arbeitsverhältnisse regeln, den Beschäftigten „eine Stimme am Arbeitsplatz geben“ und die dazu führten, dass jeder Einzelne mehr Einfluss darauf habe, wie gearbeitet wird. Das beschäftigt sie auch in ihrer Promotion Ende der 1980er-Jahre, wo sie zur Mitbestimmung in Deutschland und Österreich forscht. Ihr Doktorvater ist Wolfgang Streeck, der damals an der University of Wisconsin-Madison lehrte – worauf dann auch die spätere Zusammenarbeit mit dem Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung beruht.

Viel ist in den 1980er-Jahren in der öffentlichen Diskussion in Europa und den USA von der „gelben Gefahr“ die Rede, womit damals allerdings die Japaner gemeint sind, die mit ihrer Art der industriellen Produktion die Märkte aufrollten. Man sprach von dem System Toyota. Manche hätten sich abfällig über die japanischen Arbeitenden geäußert, wie jene französische Ministerin, die von „Ameisen“ gesprochen habe, erinnert sich Shire. Sie selbst geht nach der Promotion an eine japanische Universität und erkundet fortan die japanische Arbeitswelt. „Es war eine unerwartete Gelegenheit und ein Sprung ins kalte Wasser, schließlich sprach ich kein Wort Japanisch“, sagt sie rückblickend. Fast neun Jahre bleibt sie und forscht weiter zu Arbeitsverhältnissen, etwa zu institutionellen Unterschieden in den USA, Deutschland und Japan. Zwischen den letzteren beiden entdeckt sie einige Parallelen, besonders, was die Rolle der Frauen anbelangt. Sie stellt fest, dass es in beiden Ländern institutionelle Anreize für Frauen gibt, ihren Beruf aufzugeben, wenn sie Kinder bekommen, und später nur noch Teilzeit zu arbeiten. Sie widmet den Institutionen dieser „konservativen Sozialstaaten“ von da an viel Aufmerksamkeit.

In Japan entdeckt sie als neuen Gegenstand ihrer Forschung die hohe Bedeutung des Dienstleistungssektors, wo besonders viele Frauen arbeiten. Damit beschäftigt sie sich in immer wieder neuen Kontexten. Sie fragt nach dem Zusammenhang von Institutionen und „geschlechtsbezogenen Ungleichheiten“ in Industrieländern. Damals habe es auch in der Politischen Ökonomie des MPIfG

tät Duisburg gestoßen, ausgeschrieben über die American Sociological Association. Sie beriet sich mit Wolfgang Streeck, der mittlerweile Direktor am MPIfG war, und entschied sich für Duisburg. Deutschland und Duisburg – beide Entscheidungen hat sie bis heute nicht bereut, was für sie auch etwas mit der demokratischen Verfasstheit der Institution Universität in Deutschland zu tun hat.



Karen Shire unterrichtet und forscht an der Universität Duisburg-Essen auf dem Campus in Duisburg. Sie schätzt die demokratische Verfasstheit der Universitäten in Deutschland und die Offenheit der Reformuniversität Duisburg-Essen.

bei dieser Frage einen „blinden Fleck“ gegeben, sagt sie. Niemand habe gefragt: „Wie verursachen Institutionen von Industriestaaten soziale Ungleichheiten?“ Das macht nun Karen Shire.

Schon während ihres Studiums in den 1980er-Jahren war sie eine Zeit lang in Deutschland, an der Universität Hannover. 1999 kehrte sie zurück und blieb. Geplant hatte sie das nicht. Aber dann war sie bei der Suche nach einer Stelle in den USA auf ein Stellenangebot der Universi-

„Wir wählen unsere Dekane und unseren Rektor“, sagt sie. Anders als in den USA verdiene hierzulande auch kein Rektor eine halbe Million Euro, sondern „die verdienen genau wie wir und das finde ich gut“. Außerdem sei die Universität Duisburg eine Reformuniversität und damit in vielfacher Hinsicht offener als deutsche Traditionsuniversitäten. Ob sie mit ihrer Biografie in ihrem Heimatland Prorektorin geworden wäre, hält sie für sehr fraglich. Als Stadtmensch fühlt sie sich im Städtetkonglomerat Ruhrgebiet

Deutschland und Duisburg – beide Entscheidungen hat sie bis heute nicht bereut.

wohl, wichtig war ihr bei der persönlichen Standortwahl aber auch die Nähe zum MPIfG in Köln. Sie ist Mitglied in der vom MPIfG mitgetragenen International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy, vertritt hier auch die Interessen der Universität Duisburg-Essen. Sie gilt als eine exzellente Betreuerin, die gut vernetzt ist und auf angenehme Weise mit allen Beteiligten umgeht.

In den 1990er-Jahren prägen Massenarbeitslosigkeit und strukturelle Umbrüche die Arbeitsmärkte der Industrie-

Die Arbeitssoziologin will auf die Ausbeutung inmitten von Europa hinweisen.

länder, die mit einer Deregulierung reagieren. In der EU entstehen damals auch neue Märkte für Zeitarbeit, in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Für die weitere Entwicklung sei es ganz entscheidend gewesen, dass viele Menschen nun keine unbefristeten Arbeitsverhältnisse mehr gehabt hätten, sondern befristete Arbeitsverträge, Werkverträge oder als Soloselbstständige tätig waren. Das Spektrum der Arbeitsformen habe sich differenziert und „ich habe mich dann viel mehr als vorher auf die Arbeitsmarktforschung konzentriert“. Zur Inspirationsquelle werden für sie die Arbeiten des heutigen MPIfG-Direktors Jens Beckert zur Soziologie von Märkten, „Das war bedeutend für mich“, sagt sie. Denn diese Theorie eröffne viele Einsichten darüber, wie die Menschen in Arbeitsverhältnisse eingegliedert werden und welche bedeutende Rolle Marktwert und Wettbewerbsbedingungen für den Status von Arbeitenden haben.

Nun stellte sie sich Fragen zu den Menschen, die aus den mittel- und osteuropäischen Reformländern in die alten EU-Mitgliedsstaaten kamen, um dort zu ar-

beiten – möglich zunächst dank der Arbeitnehmerüberlassung, nach dem Beitritt der Länder zur EU dann dank der Freizügigkeit für Beschäftigte in der Gemeinschaft. Das sei „eine gute Sache“, aber man habe nie wirklich mitgedacht, wie sich das für die Betroffenen und die Gesellschaften auswirken könnte, „gerade mit Blick auf die starke Ungleichheit in der EU“. Der Arbeitssoziologin ist es ein Anliegen, auf die Ausbeutung inmitten von Europa hinzuweisen. Vor allem will sie wissen, warum es dazu kam und wie sich die Verhältnisse verbessern lassen. Die Ursache habe viel mit dem Kapitalismus alternder Gesellschaften zu tun. „Wenn die Bevölkerungszahlen sinken, dann sinken auch die Chancen, Werte zu produzieren“, sagt sie. Das erhöht den Anreiz, Arbeitende aus dem Ausland ins Land zu holen. Aber ursprünglich seien auch unzureichende institutionelle Regeln.

Menschen, die aus sozial schwachen Schichten oder anderen Kulturen kommen, widmet sich Karen Shire ausführlich – als Mitglied der Hans-Böckler-Stiftung, die Stipendien vergibt, an junge Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern oder mit Zuwanderergeschichte. Für sie nimmt sie sich auch an ihrem Lehrstuhl in Duisburg viel Zeit. „Manche Antworten, die andere vielleicht schräg finden, finde ich interessant“, sagt sie und spricht darüber, dass ihre Doktoranden ein sehr „bunter Haufen“ seien. Sie ist überzeugt, dass sie dabei nie Abstriche an der „Qualität“ gemacht hat, sondern sich immer „die besten ausgesucht“ hat. Sie ist inspiriert mit ihrem Lebensweg auch junge Studierende. Das Beispiel von ihr als Frau, die in den USA mit Migrationshintergrund aufwuchs und später nach Japan und dann nach Deutschland ging, helfe manchem jungem Menschen an der Universität. „Dass so etwas möglich ist, macht denen ein bisschen Mut.“

Bis heute hat sie keinen deutschen Pass. Aber als Amerikanerin in Deutschland sei sie noch nie als Migrantin behandelt worden. Manchmal spreche sie dies an. In die USA zurückgehen will sie nicht.

Ihre Möglichkeiten, zu forschen, seien hier viel besser, es gebe einen funktionierenden Sozialstaat und die politische Kultur sei weniger vergiftet. „Wissen Sie, mein Sohn wollte wegen Angst vor Gewalt kein Austauschjahr in den USA machen. Also, es geht hier zivilisiert zu, würde ich sagen.“

Mehr zur Person

www.uni-due.de/soziologie/shire.php

Theorizing Regulatory Challenges of Transnational Labour – Scholar in Residence Lectures am MPIfG

<https://www.mpifg.de/sir-lectures>

Zum Weiterlesen

Karen Shire, Birgit Apitzsch
Informalisation of Work and Workers' Voice in Welfare Markets for In-Home Domestic/Care Services in German. In *The Dynamics of Welfare Markets: Private Pensions and Domestic/Care Services in Europe*, hrsg. von Clemence Ledous, Karen Shire und Franca van Hooren, 345–69. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2021.

Karen Shire

The Social Order of Transnational Migration Markets. *Global Networks* 20 (3): 434–53 (2020).

Karen Shire, Kumiko Nemoto

The Origins and Transformation of Conservative Gender Regimes in Germany and Japan. *Social Politics* 27 (3): 432–48 (2020).

Karen Shire, Sigrid Quack, Ingo

Schulz-Schaeffer, Anja Weiss (Hg.)

Transnationalisierung der Arbeit. Wiesbaden: Springer VS, 2018.

Nachrichten

Neue MPIfG-Partnergruppe zum Thema „grünes Wachstum“ in Chile gegründet



Gemeinsam mit der Fakultät für Sozialwissenschaften und Geschichte der Universität Diego Portales (UDP) in Santiago de Chile hat das MPIfG eine internationale Max-Planck-Partnergruppe gegründet. Unter der Leitung von Aldo Madariaga, Assistant Professor an der School of Political Science der UDP, nimmt die Gruppe im September 2023 ihre Arbeit auf. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchungen wird die Frage stehen, inwieweit die grüne Ökonomie und die damit verbundene ökologische Transformation als Motor für das Wirtschaftswachstum in Schwellenländern dienen kann und was die politischen Hintergründe von grünem Wachstum und Stagnationsprozessen sind. Aldo Madariaga war von 2011 bis 2015 Doktorand an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE).

Herman Mark Schwartz Scholar in Residence 2023



Herman Mark Schwartz, Professor für Politikwissenschaft an der University of Virginia, war im Sommersemester 2023 als Scholar in Residence Gast am MPIfG. Als Autor und Herausgeber hat Schwartz zahlreiche Bücher veröffentlicht, unter anderem über wirtschaftliche Entwicklung, Globalisierung und die Geopolitik der

Subprime-Hypothekenkrise, den dänischen Wohlfahrtsstaat sowie Beschäftigungspolitik. In seiner aktuellen Forschung untersucht er die Rolle des US-Dollars als globales quasistaatliches Geld. Während seines Aufenthalts hat Schwartz eine dreiteilige Vortragsreihe mit dem Titel „Triffin Reloaded: The Matrix of Contradictions around the Dollar’s Global Dominance“ angeboten.

Bericht S. 24

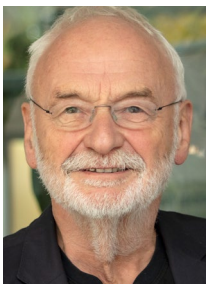
Zum Nachhören

<https://www.mpifg.de/sir-lectures>

Neue Kooperation mit der Copenhagen Business School

Das MPIfG schließt eine wissenschaftliche Kooperation mit der Copenhagen Business School (CBS). Die öffentlich finanzierte Universität ist Dänemarks größte Bildungs- und Forschungseinrichtung für Betriebs- und Volkswirtschaftslehre. Die CBS bietet forschungsbasierte Programme auf Bachelor-, Master- und Doktorandenlevel an. Als Wirtschaftsuniversität legt sie einen besonderen Fokus auf die Chancen und Herausforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Das MPIfG betrachtet internationale Zusammenarbeit als die bedeutendste organisatorische Form vergleichender Forschung und unterhält eine Reihe enger Kooperationsbeziehungen mit akademischen Partnerinstitutionen im Ausland.

Mathias Greffrath ist Journalist in Residence



Mathias Greffrath ist im Herbst 2023 Journalist in Residence am MPIfG. Greffrath ist freier Journalist und Soziologe. Er arbeitet unter anderem für die Zeit, die taz und ARD Hörfunk. In den vergangenen Jahren hat er sich in Essays, Hörspielen und Kommentaren mit den sozialen und kulturellen Auswirkungen von Globalisierung und Klimawandel

beschäftigt sowie mit der Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Automatisierung. Am MPIfG recherchiert er zum Problembewusstsein von politischen Entscheidungsträgern auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene am Anfang der K.I.-Revolution. Das Journalist in Residence Fellowship ermöglicht es Journalistinnen und Journalisten, im Rahmen eines zwei- bis dreimonatigen Gastaufenthalts am MPIfG ein selbst gewähltes Rechercheprojekt im direkten Austausch mit der Wissenschaft zu verfolgen. Ziel ist es, den Dialog zwischen Sozialwissenschaften und Gesellschaft zu stärken und die journalistische Arbeit zu gesellschaftspolitischen Themen zu fördern.

Treffen des Kuratoriums des MPIfG



Im Februar 2023 fand die jährliche Sitzung des Kuratoriums des MPIfG statt. Unter dem Vorsitz von Michael Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft) kamen Patrick Bernau (FAZ), Martin Börschel (NRW.BANK Düsseldorf), Ferdos Forudastan (CIVIS Medienstiftung), Witich Roßmann (DGB-Stadtverband Köln) und Norbert Röttgen (MdB) zusammen. Ein besonderer Programmpunkt des Treffens war der Vortrag von Forschungsgruppenleiter Leon Wansleben zum Thema „Klimaschutz und wirtschaftliche Wiederbelebung in den ‚abgehängten‘ Regionen Großbritanniens“.

Erfolgreicher Abschluss der Max-Planck-Partnergruppe in Polen

Mit einem Workshop in Köln wurde im September die Arbeit der Max-Planck-Partnergruppe in Polen nach sechs Jahren erfolgreich abgeschlossen. Im Jahr 2017 hatte das MPIfG gemeinsam mit der Polnischen Akademie der Wissenschaften die „Max Planck Partner Group for the Sociology of Economic Life“ unter der Leitung des Wirtschaftssoziologen Marcin Serafin, vormals Doktorand und Postdoktorand am MPIfG, in Warschau gegründet. Gründungsidee war, die Wirtschaftssoziologie in der polnischen Soziologie zu stärken. Im Zentrum der Forschung stand die soziale und institutionelle Einbettung wirtschaftlichen Handelns, mit Schwerpunkten bei der Weiterentwicklung des Konzepts der „fiktionalen Erwartungen“ und der Bedeutung digitaler Plattformen für den zeitgenössischen Kapitalismus.

Konferenzbericht S. 30

Lisa Suckert erhält Zeitschriftenpreis der Sociological Review



Lisa Suckerts Artikel „The Coronavirus and the Temporal Order of Capitalism: Sociological Observations and the Wisdom of a Children’s Book“, erschienen in der *Sociological Review*, ist „Journal Article of the Year 2021“. Die Jury lobt Suckerts Ansatz zur Untersuchung der Zeitlichkeit. Es sei der einflussreichste und aufschlussreichste Kommentar, der

zur Covid-19-Pandemie veröffentlicht wurde – „eine soziologische Parabel für die heutige Zeit“, so ein Jury-Mitglied. Lisa Suckert ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG. In ihrer aktuellen Forschung beschäftigt sich die Wirtschaftssoziologin mit Temporalität und Zukunftsvorstellungen sowie Dynamiken von Krisen.

Artikel (Open Access)

<https://tinyurl.com/Suckert-ZeitschriftenpreisSR>

ASI-Nachwuchspreis für Daria Tisch



Für ihren Artikel „Unequal but Just? Experimental Evidence on (Gendered) Distributive Justice Principles in Parental Financial Gifts“ wurden Daria Tisch und Tamara Gutfleisch (Goethe-Universität Frankfurt a. M.) mit dem ASI-Nachwuchspreis 2023 ausgezeichnet. Der Aufsatz erschien 2022 in Zeitschrift *Socio-Economic Review*. Der Preis wird

jährlich von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V. (ASI) verliehen. Geehrt werden Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die mit ihrer Forschung herausragende Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung geleistet haben. Daria Tisch ist seit 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG.

Artikel (Open Access)

<https://tinyurl.com/Tisch-Gutfl-ASI-Nachwuchspreis>

Sinisa Hadziabdic und Sebastian Kohl erhalten MPIfG Advisory Board Award

MPIfG-Wissenschaftler Sinisa Hadziabdic und Sebastian Kohl (Freie Universität Berlin) sind im November 2023 vom Fachbeirat des MPIfG für ihren Aufsatz „Is the Left Right? The Creeping Embourgeoisement of Social Democracy Through Homeownership“, erschienen 2022 im *European Journal of Political Research*, mit dem MPIfG Advisory Board Award 2023 ausgezeichnet worden. Der Fachbeiratsvorsitzende Gunnar Trumbull unterstrich die herausragende Exzellenz der Arbeit von Hadziabdic und Kohl. Der Preis des Fachbeirats für den besten wissenschaftlichen Zeitschriftenartikel oder das beste Buchkapitel aus der Forschung des MPIfG wird alle drei Jahre anlässlich der wissenschaftlichen Evaluation des Instituts vergeben.

Artikel (Open Access)

<https://tinyurl.com/MPIfGAdvisoryBoardAward2023>

Lukas Arndt, Sandhya A.S., Andreas Eisl und Annika Holz promovieren



*Lukas Arndt erhält
seine Urkunde bei
der Promotionsfeier
im MPIfG*

Vier Doktorandinnen und Doktoranden der IMPRS-SPCE haben in den vergangenen Monaten ihre Promotion erfolgreich abgeschlossen: **H. Lukas R. Arndt** hat im Juni 2023 seine Dissertation „Linking Wealth and Power: Unity and Political Action of the World’s Wealthiest Families and the Corporate Elite“ an der Universität zu Köln und Sciences Po, Paris, erfolgreich verteidigt. In seiner Arbeit entwickelte er ein Modell zur Analyse kapitalistischer Klassen im 21. Jahrhundert. Seit Herbst arbeitet Lukas Arndt als Business Intelligence Consultant bei einer Hamburger IT-Firma. **Sandhya A.S.** promovierte im August 2023 an der Universität Duisburg-Essen. In ihrer Dissertation „Making Mobility a Market: An Economic Sociology of Migration Brokerage“ untersucht sie jüngste Entwicklungen bei der transnationalen Organisation von Arbeitsmigration durch gewinnorientierte Akteure am Beispiel Nepals. Sandhya A.S. ist zurzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Anfang des Jahres wurde **Andreas Eisl** mit seiner Arbeit über die Ursachen der innereuropäischen Heterogenität von Fiskalregeln an der Sciences Po, Paris, promoviert. Aktuell ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jacques Delors Institute in Paris. Bereits im Dezember 2022 promovierte **Annika Holz** an der Universität zu Köln. In ihrer Dissertation mit dem Titel „Politische Konditionalitäten in der EU: Vom Aufstieg neuer Governance-Instrumente in den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds“ untersucht sie, was den Wandel der EU-Kohäsionspolitik von einer konvergenzorientierten Umverteilungspolitik zu einem wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrument ermöglicht hat. Annika Holz arbeitet derzeit als Referentin für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung in Nordrhein-Westfalen (EFRE NRW).

Lisa Suckert ist Sprecherin der DGS-Sektion Wirtschaftssociologie

Lisa Suckert ist im März erneut in den Vorstand der Sektion Wirtschaftssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und gleichzeitig zu ihrer Sprecherin gewählt worden. Aufgabe der Sektion ist, die wirtschaftssoziologische Forschung und Lehre in Deutschland zu bündeln, den wissenschaftlichen Austausch voranzutreiben und die Sichtbarkeit der Wirtschaftssoziologie in der Öffentlichkeit zu fördern.

Isabell Stamm im Vorstand der Kohli-Stiftung



Isabell Stamm, Leiterin der Forschungsgruppe Unternehmen, Eigentum und Familienvermögen am MPIfG, ist stellvertretende Vorstandsvorsitzende der im Jahr 2022 gegründeten Kohli-Stiftung für Soziologie. Die von dem deutschen Soziologen Martin Kohli ins Leben gerufene Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, die Soziologie als akademische Disziplin

und ihre interdisziplinären Verbindungen zu fördern. Zugleich möchte sie bedeutende wissenschaftliche Leistungen würdigen und das öffentliche Bewusstsein für das Potenzial der Soziologie schärfen. Im Vorstand der Stiftung wird Isabell Stamm insbesondere an der strategischen Umsetzung der international ausgerichteten Förderprogramme und Wissenschaftspreise mitwirken.

Hannah Pool als Fellow am Oxford Refugee Studies Centre

Hannah Pool war im Frühjahr 2023 Gastwissenschaftlerin am Refugee Studies Centre (RSC) der Oxford University. Das 1982 gegründete RSC ist eines der weltweit führenden Institute auf dem Gebiet der Migrations- und Flüchtlingsforschung. Pool ist seit Oktober 2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG tätig. Ihre Dissertation „Doing the Game: The Moral Economy of Coming to Europe“ hat im letzten Jahr zahlreiche Auszeichnungen erhalten, unter anderem die Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft sowie den Maria Ioannis Baganha Best Dissertation Award für Migrationsforschung.

Donato Di Carlo ist Geschäftsführer des LUHNIP



Donato Di Carlo ist im Juni 2023 an die Luiss (Libera Università Internazionale degli Studi Sociali Guido Carli) in Rom gewechselt. Dort leitet er den von ihm mitgegründeten neuen „Hub for New Industrial Policy and Economic Governance (LUHNIP)“ als Geschäftsführer und unterrichtet in Politischer Ökonomie. Di Carlo war seit 2015 am MPIfG tätig, zunächst als Doktorand, ab 2020 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe zur Politischen Ökonomie der europäischen Integration.

Björn Bremer wechselt an die Central European University



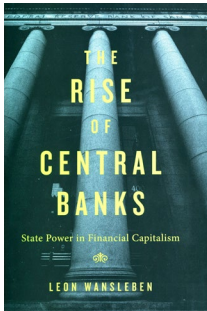
Björn Bremer wechselte im Herbst 2023 an das Department of Political Science der Central European University in Wien (CEU) und ist dort als Assistant Professor tätig. Bremer war seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Politische Ökonomie des MPIfG. Seine Forschungsinteressen liegen an der Schnittstelle von politischer Ökonomie

und vergleichender Politikwissenschaft. In seiner Forschungsarbeit beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit den politischen Prozessen, die grundlegend für wirtschaftspolitische Entscheidungen sind.

Ned Crowley ist Isaac Newton Trust Fellow

Ned Crowley hat ein Stipendium des Isaac Newton Trusts (Cambridge) erhalten und forscht und lehrt seit Herbst 2023 am Gonville and Caius College an der Universität Cambridge. Ned Crowley war seit 2021 Postdoktorand in der Forschungsgruppe Soziologie öffentlicher Finanzen und Schulden am MPIfG. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Fiskalsoziologie und öffentliche Finanzen, Austerität und Verteilungspolitik.

Buchdiskussion: The Rise of Central Banks



Zu einer öffentlichen Buchdiskussion über *The Rise of Central Banks: State Power in Financial Capitalism* (Harvard University Press, 2023) von Forschungsgruppenleiter Leon Wansleben hat das MPIfG Ende März eingeladen. Unter der Moderation von Martin Höpner kommentierten die historische Soziologin Greta Krippner (University of Michigan, Ann Arbor), MPIfG-Wissenschaftler Benjamin Braun und der Soziologe Matthias Thiemann (Sciences Po, Paris) das Buch. Diskutiert wurden die operativen Verflechtungen zwischen monetaristischen Steuerungstechniken, expandierenden Finanzmärkten und dem Neoliberalismus in einer von den Zentralbanken beherrschten Zeit.

Zum Nachhören

<https://tinyurl.com/Wansleben-Buchdiskussion-2023>

Workshop zu nordischen Arbeitsbeziehungen



Im März 2023 hat am MPIfG der Workshop „New Trends and Challenges in Nordic Industrial Relations“ stattgefunden. Die von Martin Höpner und Maximilian Kiecker organisierte eintägige Veranstaltung führte zehn Forschende aus Schweden, Dänemark und Finnland zusammen. Das Ziel war, den Kenntnisstand über die nordischen Arbeitsbeziehungen zu aktualisieren und nationale Anpassungsstrategien an gemeinsame Herausforderungen zu vergleichen.

Konferenz zum Familienkapitalismus

Im Mai 2023 hat am MPIfG die zweitägige Konferenz „Family Capital(ism) in the Twenty-First Century“ stattgefunden. Die von Isabell Stamm und Franziska Wiest organisierte Veranstaltung brachte siebzehn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland zusammen, die sich in insgesamt acht Sessions mit den jüngsten Forschungsergebnissen zum Familienkapitalismus beschäftigten. Ziel der interdisziplinär angelegten Konferenz war es, die Strukturen und Kulturen zu reflektieren und zu bewerten, die Familien nutzen, um in den heutigen kapitalistischen Gesellschaften eine einflussreiche Position zu erlangen.

Die Zukunft wartet nicht – Themenkonzert in der Bayerischen Staatsoper



In der Reihe der Themenkonzerte an der Bayerischen Staatsoper hat Lisa Suckert, wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG, Ende März 2023 einen Vortrag mit dem Titel „Die Zukunft wartet nicht? Zeitlichkeit im Kapitalismus“ gehalten. Darin entwickelte Suckert ihre These, dass der Kapitalismus auf einer besonderen zeitlichen Ordnung beruht: Beschleunigung und Zukunftsorientierung spielen darin eine wichtige Rolle, ebenso wie Praktiken des Wartens, verschiedene Formen zeitlicher Autonomie und eine bürokratische Einhegung der Zukunft.

Berichte von weiteren Konferenzen und Veranstaltungen
ab Seite 24

Bücher, Journal Articles und Discussion Papers

MPIfG Bücher

Smail Rasic, Colin Crouch, Nancy Fraser, Claus Offe, Wolfgang Streeck, Joseph Vogl (Hg.)

Wege aus dem Kapitalismus? Autorengespräche mit Colin Crouch, Nancy Fraser, Claus Offe, Wolfgang Streeck und Joseph Vogl

Nomos, 2023 | 610 Seiten
ISBN 978-3-495-48987-1



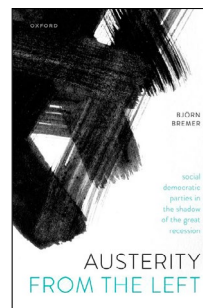
Die im Westen lange vorherrschende Überzeugung, dass der Kapitalismus das effizienteste Wirtschaftssystem und zugleich ein natürlicher Verbündeter der Demokratie ist, ist seit der Weltfinanzkrise von 2008 zweifelhaft geworden. Die Symptome einer säkularen Stagnation und die Verschärfung der sozialen Ungleichheit führen zu wachsendem

Misstrauen gegenüber dem Krisenmanagement der etablierten Politik und geben den populistischen Bewegungen Auftrieb. Hierdurch erodiert die Konsensbasis, der die westlichen Nachkriegsgesellschaften ihre Stabilität verdanken. Lässt sich der Kapitalismus demokratisch reformieren? Sind alternative Wirtschaftssysteme denkbar, die nicht in einen autoritären Staatssozialismus oder -korporatismus zurückfallen?

Björn Bremer

Austerity from the Left: Social Democratic Parties in the Shadow of the Great Recession

Oxford University Press, 2023 | 304 Seiten
ISBN 978-0-19-287221-0 | hardback
ISBN 978-0-19-196843-3 | ebook



Austerity became the predominant fiscal policy response to the Great Recession in Europe. After a brief period of “emergency Keynesianism” from 2008 to 2010, even the center-left abandoned plans for deficit spending and accepted austerity as the dogma of the day. In *Austerity from the Left*, Björn Bremer explains how this came about and explores its political consequences, combining qualitative and

quantitative methods and drawing on a wide range of empirical evidence to study both the demand- and supply-side of politics. Based on this evidence, the author argues that a complex interaction of electoral and ideational pressures pushed social democratic parties towards orthodox fiscal policies. As government debt became a taboo following the Greek sovereign debt crisis, social democratic parties endorsed austerity to increase their perceived economic competence and fiscal credibility. This decision was legitimized by economic ideas inspired by supply-side economics, which had become popular among social democrats at the end of the twentieth century. Although the book shows that social democratic austerity was not inevitable, powerful feedback effects of the Third Way thus trapped and divided the center-left during the crisis. This undermined the ability of social democratic parties to oppose austerity and eventually contributed to their electoral crisis in the shadow of the Great Recession.

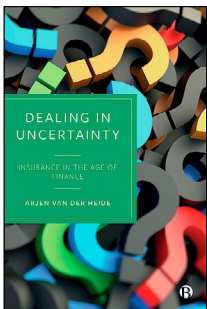
Arjen van der Heide

Dealing in Uncertainty: Insurance in the Age of Finance

Bristol University Press, 2023 | 352 Seiten

ISBN 978-1-5292-2135-0 | hardcover

ISBN 978-1-5292-2136-7 | ebook



Insurance is an important – if still poorly understood – mechanism for dealing with a broad variety of risks associated with modern life. In *Dealing in Uncertainty: Insurance in the Age of Finance*, Arjen van der Heide conducts an in-depth examination of one of the largest and longest-established private insurance industries in Europe: British life insurance. In doing so, the author draws on

over 40 oral history interviews to trace how the sector has changed since the 1970s, a period characterized by rampant financialization and neoliberalization. Combining insights from science and technology studies and economic sociology, this book is an unprecedented study of the evolution of insurance practices and an invaluable contribution to our understanding of financial capitalism.



MPIfG Journal
Articles

*Auswahl, diese und weitere
Journal Articles unter
www.mpifg.de/journal-articles*

Melike Arslan

Policy Paradigm Modes: Explaining USA Antitrust Law Changes in the 1970s.

Journal of Public Policy, published online August 2, 2023.

Lucio Baccaro, Sinisa Hadziabdic

Operationalizing Growth Models. Quality & Quantity (2023), published online June 19, 2023.

Lucio Baccaro, Björn Bremer, Erik Neimanns

Strategic Interdependence and Preferences for Debt Mutualization in the Eurozone. Review of International Political Economy 30 (4): 1459–85 (2023).

Björn Bremer, Line Rennwald

Who Still Likes Social Democracy? The Support Base of Social Democratic Parties Reconsidered. Party Politics 29 (4): 741–54 (2023).

Björn Bremer, Donato Di Carlo, Leon Wansleben

The Constrained Politics of Local Public Investment under Cooperative Federalism. Socio-Economic Review 21 (2): 1007–34 (2023).

Björn Bremer, Theresa Kuhn, Maurits J. Meijers,
Francesco Nicoli

In This Together? Support for European Fiscal Integration in the COVID-19 Crisis. Journal of European Public Policy (2023), published online June 13, 2023.

Luciana Emilia Denardi, Zigang Wang, Clara Baumann

Las diásporas chinas en España y Argentina: Una tipología para analizar las relaciones diáspora-Estado en el caso chino. Migraciones, published online July 21, 2023.

Donato Di Carlo, Luuk Schmitz

Europe First? The Rise of EU Industrial Policy Promoting and Protecting the Single Market. Journal of European Public Policy 30 (10): 2063–96 (2023).

Donato Di Carlo, Oscar Molina

Same Same but Different? The Mediterranean Growth Regime and Public Sector Wage-Setting before and after the Sovereign Debt Crisis. European Journal of Industrial Relations, published online June 22, 2023.

Alexander Dobeson, Sebastian Kohl

The Moral Economy of Land: From Land Reform to Ownership Society, 1880–2018. *Socio-Economic Review*, published online August 22, 2023.

Ruth Dukes, Wolfgang Streeck

Labour Law after Neoliberalism? *Journal of Law and Society* 50 (2): 165–84 (2023).

Timur Ergen, Inga Rademacher

The Silicon Valley Imaginary: US Corporate Tax Reform in the 1980s. *Socio-Economic Review* 21 (2): 935–57 (2023).

Martin Höpner, Donato Di Carlo

Die sektorale Logik der deutschen Lohnzurückhaltung. *Sozialer Fortschritt* 72 (5): 397–414 (2023).

Alexander Hoppe, Nataliya Nedzhvetskaya

Americana without America: Rhetorical Geography as a Source of Competitive Advantage. *Regional Studies*, published online May 12, 2023.

Emma Ischinsky, Daria Tisch

Women in the Global Super Rich: An Analysis of the Forbes World's Billionaires List, 2010–2023. *Australian Feminist Studies*, published online August 8, 2023.

Hannah Pool

Immobility beyond Borders: Differential Inclusion and the Impact of the COVID-19 Border Closures. *Politics*, published online June 17, 2023.

Georg Rilinger

Conceptual Limits of Performativity: Assessing the Feasibility of Market Design Blueprints. *Socio-Economic Review* 21 (2): 885–908 (2023).

Leonard Seabrooke, Sailsa Naomi Stausholm

The Firm-Territory Nexus in a Fragmented Economy: Scales of Global Value and Wealth Chain Entanglement. *Environment and Planning A: Economy and Space*, published online August 23, 2023.

Jasper P. Simons, Nils Oellerich

Supranational Modernisation or National Partisanship? Explaining Variation in Recovery and Resilience Plans in Central and Eastern Europe. *Journal of European Public Policy*, published online July 3, 2023.

Isabell Stamm

From Nurturing the Successor to Attracting New Founders: How Firm Platforms Organize a Market for Selling Businesses. *Journal of Organizational Sociology*, published online June 22, 2023.

Wolfgang Streeck

Reflections on the Particular and the Universal: Unity and Diversity in Social Life and Social Theory. *Society Register* 7 (2): 7–20 (2023).

Lisa Suckert

Economic Nostalgia: The Salience of Economic Identity for the Brexit Campaign. *Socio-Economic Review* 21 (3): 1721–50 (2023).

Daria Tisch, Tamara Gutfleisch

Unequal but Just? Experimental Evidence on (Gendered) Distributive Justice Principles in Parental Financial Gifts. *Socio-Economic Review* 21 (3): 1369–90 (2023).

Arjen van der Heide

Talk the Talk and Walk the Walk? European Insurance Capital Regulation and the Financial Vocabulary of Motive. *Socio-Economic Review* 21 (3): 1579–99 (2023).

Volkan Yilmaz, İpek Göçmen

Turkish Lesbian, Gay, Bisexual and/or Trans Persons' Perceptions of Their Own Ageing: Contesting the Exclusionary Care Regime? *European Journal of Politics and Gender* 6 (2): 151–66 (2023).



MPIfG Discussion Papers

Abstracts und Download

www.mpifg.de/discussion-papers

Isabell Stamm, Allan Sandham

A Bitter Adjustment for German Family Capitalism: Succession and a Changing Ownership Transfer Regime. MPIfG Discussion Paper 23/5

Lucio Baccaro, Björn Bremer, Erik Neimanns

What Growth Strategies Do Citizens Want? Evidence from a New Survey. MPIfG Discussion Paper 23/4.

Renate Mayntz

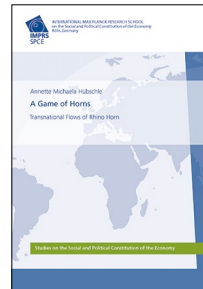
Paradigm Shifts in Macrosociology. MPIfG Discussion Paper 23/3.

Sinisa Hadziabdic

Turning No Tides: Union Effects on Partisan Preferences and the Working-Class Metamorphosis. MPIfG Discussion Paper 23/2.

Daria Tisch, Emma Ischinsky

Top Wealth and Its Historical Origins: An Analysis of Germany's Largest Privately Held Fortunes in 2019. MPIfG Discussion Paper 23/1.



IMPRS-SPCE Dissertation Series

**Studies on the Social and Political
Constitution of the Economy**

Abstracts und Download

<https://imprs.mpifg.de/96335>

H. Lukas R. Arndt

Linking Wealth and Power: Unity and Political Action of the World's Wealthiest Capitalist Families and the Corporate Elite (Cumulative Thesis). Doktorarbeit, University of Cologne. Studies on the Social and Political Constitution of the Economy, Köln 2023.

Sandhya A.S.

Making Mobility a Market: An Economic Sociology of Migration Brokerage. Doktorarbeit, University of Duisburg-Essen. Studies on the Social and Political Constitution of the Economy, Duisburg 2023.

Andreas Eisl

The Politics of Budgetary Constraints: An Ideational Explanation for the Variation in National Fiscal Frameworks in the Eurozone. Doktorarbeit, Institut d'études politiques de Paris, Paris 2023.

Laura Gerken

Piercing the Fog: Transcalar Social Mobilization around Large-Scale Land Acquisitions in Mozambique. Doktorarbeit, University of Duisburg-Essen. Studies on the Social and Political Constitution of the Economy. IMPRS-SPCE, Duisburg 2023.

Nico Sonntag

The Diffusion, Survival and Legacy of Medieval Consecrated Life: The Sociology of Historical Religious Communities in Europe. Doktorarbeit, Bergische Universität Wuppertal, Wuppertal 2022.

Aktuelle Publikationen des MPIfG

www.mpifg.de/publikationen

Mark Herman Schwartz: „Triffin Reloaded: The Matrix of Contradictions around the Dollar’s Global Dominance“

Scholar in Residence Lectures

6. Juni, 20. Juni und 4. Juli 2023

Beim Wort „Empire“ denken die meisten vermutlich zunächst einmal an längst vergangene Zeiten, in denen Römer, Griechen und Briten mit ihren mächtigen Armeen weite Gebiete eroberten. Von dem Empire, das die heutige Welt dominiert, haben jedoch die wenigsten gehört. Es erfordert kein Militär und besetzt keine physischen Gebiete. Und doch ist es in seinem Umfang, Einfluss und Beständigkeit vielleicht mächtiger als jedes bekannte Empire zuvor, denn es beherrscht die weltweiten Finanzmärkte: Die Rede ist vom *US-Dollar Empire*.

Der US-Dollar fungiert seit Jahrzehnten als globale Reservewährung, das heißt als wichtigste Währung für den internationalen Handel. In jüngerer Zeit wurden jedoch Stimmen laut, die den Untergang des Dollar-Empires voraussagen. Die USA sind geplagt von Leistungsbilanzdefiziten und stagnierendem Wirtschaftswachstum. Populisten wie Donald Trump stellen die internationale Vormacht-

stellung infrage. Gleichzeitig schicken sich aufstrebende Wirtschaftsmächte wie China an, die hegemoniale Stellung der USA herauszufordern. Ist das Dollar-Empire also in Gefahr? Dies war die zentrale Frage der dreiteiligen Vortragsreihe von Mark Herman Schwartz, MPIfG Scholar in Residence 2023.

Im ersten Teil seiner Vorlesungsreihe erklärte Schwartz, was ein Währungsempire ausmacht. Die USA verfügen, wie historische Empires auch, über ein international unangefochtenes Militär. Darüber hinaus gelten sie als die weltweit führende Produktionsmacht und haben einen durchsetzungsstarken Fiskalstaat. Kombiniert führen diese drei Faktoren dazu, dass der US-Dollar in der globalen Hierarchie der Währungen seit Jahrzehnten unangefochten an der Spitze steht.

Auf diesen Ideen aufbauend ging es im zweiten Teil um die Frage, wieso inter-

nationale Finanzakteure den US-Dollar überhaupt als universelles Zahlungsmittel akzeptieren. Die Erklärung für die Vormachtstellung des US-Dollars liegt laut Schwartz in globalen Handels- und Kreditbeziehungen. Länder mit Handelsüberschüssen liefern Waren in die USA und erhalten dafür im Gegenzug US-Dollars. Um ihre eigene Währung wettbewerbsfähig zu halten, müssen diese Länder ihre Dollars wiederum in amerikanische Vermögenswerte investieren. Dies führt zu einem Kreislauf, in dessen Zuge amerikanische Handelspartner und deren Finanzsysteme immer mehr Dollars anhäufen und so von deren Verfügbarkeit und Wertentwicklung abhängig werden.

Dies führt zu einer Reihe von Dilemmata, die im Fokus des dritten Teils der Vorlesungsreihe standen. Beispielsweise können starke finanzielle Ungleichgewichte zwischen Handelspartnern schnell in Finanzkrisen gipfeln und das



Vertrauen in den Dollar schwächen. Gleichzeitig führt ein höheres Wirtschaftswachstum in Schwellenländern zum Erstarken potenzieller Herausforderer. Am wichtigsten ist jedoch, dass Staatsdefizite in den USA die eigene Exportfähigkeit beeinträchtigen. Dies führt zu erhöhter Arbeitslosigkeit, geringerem Lohnwachstum und zu regionaler Ungleichheit, beispielsweise im „Rust Belt“, dem früheren Herz der amerikanischen Industrieproduktion, mit schwerwiegenden Folgen für die politische Stabilität.

Warum führen diese Probleme nicht zum Untergang des Dollar-Empires? Zum einen gibt es laut Schwartz schlichtweg keine Herausforderer, die die Vor-

machtstellung der USA und des Dollars ernsthaft infrage stellen könnten. Die EU verfügt weder über die notwendige militärische Macht noch über einen geeinten Fiskalstaat. China verfügt zwar über eine regionale Streitmacht, hat jedoch ein geschlossenes und stark reguliertes Finanzsystem. Dies macht den chinesischen Renminbi im internationalen Handel quasi wertlos. Bleibt das Problem der sozialen Basis in den USA. Hier führt der Untergang der verarbeitenden Industrie zweifelsohne zu tiefgreifenden politischen und sozialen Verwerfungen. Bislang haben selbst vier Jahre unter Präsident Trump keine merklichen Veränderungen im internationalen Währungssystem hinterlassen, trotz des gestiegenen Protektionismus und des Rückzugs der

USA aus wichtigen internationalen Kooperationsbünden. Dennoch führen uns Schwartz' Vorlesungen vor Augen, dass die Zukunft des Dollar-Empires eine *politische* Frage ist. Und sie sind ein Appell an demokratische Kräfte in den USA und im Rest der Welt, für ein faireres Wirtschaftssystem zu kämpfen, das den sozialen Frieden stärkt, wollen sie das Spielfeld nicht protektionistischen und nationalistischen Stimmen überlassen.

Dustin Voss

Podcasts

<https://www.mpifg.de/sir-lectures>

Im dekonstruierten Staat Über Ariane Leendertz' „Der erschöpfte Staat: Eine andere Geschichte des Neoliberalismus“

Buchdiskussion

23. Februar 2023

Ganze zweieinviertel Stunden saß es zusammen, das Panel, zu dem das MPIfG am 23. Februar eingeladen hatte, um Ariane Leendertz' Habilitationsschrift *Der erschöpfte Staat* vorzustellen. Der Politikwissenschaftler Thomas Biebricher (Goethe-Universität Frankfurt am Main), der Europahistoriker Bernd Rieger (Universität Leiden) sowie die Soziologen Uwe Schimank (Universität Stuttgart) und Wolfgang Streeck (MPIfG) kommentierten und diskutierten das Buch mit dem programmatischen Untertitel „Eine andere Geschichte des Neoliberalismus“.

Dass die Veranstaltung so intellektuell gewinnbringend wie kurzweilig verlief, war dabei ebenso den Kommentatoren und den Nachfragen aus dem Publikum zu verdanken wie dem Buch selbst, das viel Raum zur Diskussion bot und, so kann man die Prognose anhand des Gegenstands schon einmal wagen, auch zukünftig bieten wird.

Angeregt durch Arbeiten von Renate Mayntz, in denen der Begriff der „Komplexität“ immer wieder auftaucht, untersucht Leendertz die Geschichte des

US-amerikanischen Department of Housing and Urban Policy, dessen Politik sich nach den vom *solutionism* geprägten 1960er-Jahren eher Lösungsansätzen zuwandte, die sich an der ökonomischen Rational-Choice-Theorie orientierten. In den Kommentaren der Panelisten wurde deutlich, dass Leendertz' Arbeit in multiple Richtungen weiterzudenken ist.

Biebricher identifizierte im *solutionism* eine Art sozialdemokratischer Gouvernementalität im foucaultschen Sinn und fragte, ob die „andere“ Geschichte des

Neoliberalismus aus dem Buchtitel nicht ab den 1980er-Jahren eben *die* Geschichte des Neoliberalismus sei und ob die Bewertung der Entwicklungen durch die Autorin objektiv oder zumindest implizit kritisch gegenüber neoliberaler Ideologie erfolgt sei.

Rieger las den „erschöpften Staat“, den er in Leendertz' Buch für die USA der 1970er- und 1980er-Jahre identifizierte,

griff des Diskurses sei. Eine etwaige analytische Nutzbarmachung sei nicht ihr Anspruch gewesen. Wie in Biebrichers Ausführungen wurde auch bei Schimank deutlich, dass die zwei Teile des Buches verschiedene Perioden und Diskurse analysieren. Der Begriff „Komplexität“, der eben in den Quellen des Diskurses der 1970er-Jahre sehr geläufig war, sei in den 1980er-Jahren nicht mehr gleichermaßen auszumachen.

bestimmte Perspektive als solche definiert sind: Das Problem des einen ist die Lösung eines Problems, das jemand anders gehabt hat. Die Lösung etwa des Problems von Firmen, möglichst wenig Geld für möglichst viel Arbeitsleistung auszugeben, sei die Reduktion des Lohns, was dann sofort für die Arbeitnehmenden, das Nichtkapital, zu einem Problem werde. Insofern sei es nicht möglich, auf neutrale Weise existierende Probleme zu lösen. Jeglichem Lösungsvorschlag gehe eine normative Einordnung dessen, was ein Problem darstellt, voraus.

Sowohl in Leendertz' fundierten Repliken als auch in der Abschlussdiskussion wurde erkennbar, dass der „erschöpfte Staat“ nur begrenzt auf bestimmte Politikfelder „erschöpft“ war und diese Erschöpfung selbst eine Schöpfung von konservativen oder eben neoliberalen Politikern und denen, die ihnen zuarbeiteten, darstellte. Um zu beweisen, dass staatliche Eingriffe nicht funktionieren würden, wurden so lange staatliche Mittel gestrichen, bis der Staat in bestimmten Politikfeldern tatsächlich nicht mehr handlungsfähig war – was dann für marktbasiertere Lösungen sprechen sollte.



als gegebenenfalls auch für andere Staaten mustergültig. Fraglich sei aber, auf welchen anderen Politikfeldern als dem der *urban policy* dies Bestand haben könnte. Man müsse unterscheiden zwischen inhärent neoliberalen und traditionell konservativen Arten des Regierungshandelns in der Untersuchungszeit, etwa in Bezug auf die Föderalismusreformen der Regierungen Nixon, Ford und vor allem Reagan. Außerdem sei die Thematik von Gewalt und öffentlicher Ordnung im Buch wenig reflektiert worden.

Schimank konzentrierte sich darauf, den Komplexitätsbegriff der Autorin analytisch nutzbar zu machen – Überlegungen, denen Leendertz mit der Bemerkung entgegentrat, dass Komplexität beziehungsweise *complexity* ein Quellenbe-

Die Runde der ersten Kommentare schloss Streeck, der dem Fokus des Buches auf das Department of Housing and Urban Development Anerkennung zollte, da es gewissermaßen ein Brennglas US-amerikanischer Innenpolitik im Untersuchungszeitraum sei. Vor dem Hintergrund des Buches definierte Streeck den Neoliberalismus als Versuch, in der Aushandlung zwischen Kapital und Arbeitenden den Preis für das Kapital so niedrig wie möglich zu halten, was im Reaganismus gelungen sei, und nannte dies ein „erfolgreiches Austesten der Leidensbereitschaft des Nichtkapitals“.

Es sei nicht die Aufgabe des Sozialwissenschaftlers, führte Streeck weiter aus, einfach Probleme zu lösen, sondern Lösungsvorschläge für Probleme zu bieten, die allerdings immer schon durch eine

Letztlich war also der amerikanische Staat nie vollends erschöpft, seine verminderte Handlungsfähigkeit in bestimmten Politikfeldern – oft denen, die der Unterstützung von ökonomischer Mittel- und Unterklasse und ethnischen Minderheiten zugewandt waren, wie eben *housing* und *urban development* – war kalkuliert. Der „erschöpfte Staat“ war in vielen Fällen ein absichtlich dekonstruierter.

Torsten Kathke

Dossier zum Thema:
„Steuern, Sparen, Scheitern“ bei
Soziopolis

<https://tinyurl.com/steuern-sparen-scheitern>

Politics of Central Banking

Konferenz

1. und 2. Juni 2023

Anfang Juni dieses Jahres hat am MPIfG die Konferenz „Politics of Central Banking“, organisiert von Benjamin Braun und Björn Bremer, stattgefunden. Thematischer Fokus der Konferenz waren Zentralbanken im Konflikt mit ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Umwelt. Die interdisziplinäre Veranstaltung brachte Vertreterinnen und Vertreter der Soziologie, Politikwissenschaft, Politökonomie, Wirtschaftswissenschaft und Geschichte zusammen und bot eine breite methodologische Vielfalt. Die Beiträge konzentrierten sich darauf, Zentralbanken aus ihrer traditionellen apolitischen Rolle als technokratische Institutionen herauszulösen und sie in ihre nationalen, historischen und politischen Kontexte einzubetten.

Unter den zahlreichen interessanten Beiträgen sind drei besonders hervorzuheben. Im ersten Panel thematisierte *Martin Kornejew* (Universität Bonn) das wichtigste Instrument, mit dem Zentralbanken mit Märkten interagieren: die Zentralbankbilanz. In seinem Vortrag analysierte er die Entwicklung der Zentralbankbilanzen in siebzehn großen Volkswirtschaften über die letzten 400 Jahre. Er stellte fest, dass die Größe der Bilanzen im Verhältnis zur wirtschaftlichen und finanziellen Aktivität in dieser Zeit stark variierte. Während früher Bilanzausweitungen insbesondere in geopolitischen Krisensituationen mit der Finanzierung von Regierungstätigkeiten zusammenhängen, ist heute die Bereitstellung von Liquidität in finanziellen Turbulenzen der Hauptfaktor. Kornejew untersuchte auch die historischen Aufzeichnungen von „Lender-of-last-Resort“-Eingriffen mit einer neuen

Identifikationsstrategie, die auf den ideologischen Überzeugungen der handelnden Zentralbankchefs („hawks“ vs. „doves“) im Hinblick auf den Finanzsektor basiert. Die Ergebnisse seiner Forschung zeigen, dass Liquiditätsunterstützung während vergangener Finanzkrisen die Wirtschaft erfolgreich stabilisiert hat, zugleich wurden jedoch auch potenzielle moralische Risiken von Zentralbankinterventionen deutlich.

Im zweiten Panel „Wissen und Regulation“ präsentierte *Matthias Thiemann* (Sciences Po) seine Forschung zur Entstehung neuer ökonomischer Ideen in der internationalen Zentralbankgemeinschaft. Anhand der Organisation von Wissensproduktion zum Thema Finanzzyklus zeigte Thiemann mögliche Dynamiken und Konflikte in solchen Entstehungsprozessen auf. Thiemann zufolge musste der Finanzzyklus als wirtschaftlicher Prozess von Zentralbankern in eine für Ökonominnen und Ökonomen akzeptierte Sprache übersetzt werden. Dabei spielte die Validität des Finanzzyklus als ökonomischer Prozess in den Bereichen der Wirtschaftswissenschaften, Verwaltung und Politik eine Schlüsselrolle. Während es gelungen ist, Validität in den Wirtschaftswissenschaften und Verwaltungsprozessen zu erzeugen, ist dies in der Politik für Zentralbanker nach wie vor eine Herausforderung, da die Regulation des Finanzzyklus als politisch angefochtenes Verteilungsproblem wahrgenommen wird.

Im abschließenden Panel untersuchte *Cristina Bodea* (Michigan State University, East Lansing) das Verhältnis von Zentralbankern zur breiten Öffentlich-

keit. Bodea argumentierte, dass in diesem Verhältnis oft das Geschlecht der Zentralbanker als Erklärung für die unterschiedliche Bewertung der Kompetenz von Zentralbankvorstandsmitgliedern ignoriert wird. Sie verwies auf ein Experiment, bei dem die Geschlechtervoreingenommenheit im Rahmen der Kommunikation der US-Notenbank (Federal Reserve) mit der breiten Öffentlichkeit erforscht wurde. Die Ergebnisse zeigten eine signifikante Voreingenommenheit, vor allem bei Männern. Nachrichten von weiblichen Zentralbankern hatten weniger Einfluss auf die wirtschaftliche Zusage und das Vertrauen der Männer in die Federal Reserve. Männliche Teilnehmer hatten auch Schwierigkeiten, das Geschlecht weiblicher Zentralbanker zu erkennen. Überraschenderweise beeinflusste die wahrgenommene Kompetenz von weiblichen Zentralbankern nicht die Voreingenommenheit der Männer, erhöhte jedoch die Zustimmung der weiblichen Teilnehmer.

Die Vorträge und Diskussionen auf der Konferenz „Politics of Central Banking“ haben spannende Einblicke in die politische Rolle der Zentralbanken und ihre Verortung in verschiedenen sozialen, politischen und kulturellen Kontexten vermittelt. Sie haben einen wesentlichen Beitrag zu einem tieferen Verständnis der Komplexität und der Herausforderungen im Zusammenhang mit Zentralbanken geleistet.

Edin Ibrocevic

Economy and Society

Max Planck Summer Conference

8. bis 11. Juli 2023

Im Sommer 2023 haben sich fünfzehn Doktorandinnen und Doktoranden des MPIfG, der Sciences Po, Paris, der Northwestern University, Chicago, der Brown University und der University of California, Berkeley, in Evanston, Illinois, zur jährlich stattfindenden „Max Planck Summer Conference on Economy and Society“ getroffen. Hier konnten die Promovierenden ihre Dissertationsthemen vor Professorinnen und Professoren der teilnehmenden Institutionen vorstellen und konstruktives Feedback aus den verschiedenen Bereichen der Soziologie und Politischen Ökonomie erhalten. Die Konferenz wurde von der Northwestern University ausgerichtet, mit Bruce Caruthers und Steve Nelson als hauptverantwortlichen Organisatoren. Für das MPIfG nahmen Camilla Locatelli, Danielle Pullan und Clara Baumann teil; sie wurden von den Professoren Jens Beckert und André Kaiser begleitet.

Camilla Locatelli stellte ihre Arbeit zur europäischen Fiskalpolitik vor. Am Beispiel Italiens zeigte sie, wie die nach der Finanzkrise eingeführten EU-Fiskalregeln zu politischen Diskussionen über die Genauigkeit technischer Schätzungen geführt haben. Danielle Pullan präsentierte einen Auszug aus ihrer kumulativen Dissertation zu Abtreibungsrichtlinien auf europäischer Ebene. Sie argumentierte, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen trotz relativ homogener, liberaler Abtreibungsgesetze nicht überall in Europa gleichermaßen einfach ist. Clara Baumann verglich den Einfluss US-amerikanischer und chinesischer multinationaler Unternehmen (MNU) auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas und hier vor allem Kolumbiens. Ihre Forschung zeigt, dass chinesische MNU – im Gegensatz zu US-amerikanischen Unternehmen – zunehmend auf die Bedürf-

nisse und Forderungen ihrer Zielländer und deren Zivilgesellschaften eingehen.

Auch die weiteren vorgestellten Projekte spiegelten eine große thematische und theoretische Bandbreite, zwischen denen sich dennoch interessante Überschneidungen finden ließen. Ein Thema, das sich durch mehrere Arbeiten zog, war die Rolle Chinas und seiner verschiedenen Akteure in einem internationalen Umfeld. Claire Wan (Brown University) erläuterte die Rolle von Einwanderern und Geschäftsleuten aus verschiedenen Ländern Afrikas in China und verwies auf die wichtige Funktion zwischenmenschlicher Beziehungen und gegenseitigen Vertrauens für die Entstehung neuer Märkte. Aus politökonomischer Perspektive untersuchte Danyang Li (UC, Berkeley) die sich seit Jahrhunderten ständig wandelnde Bedeutung chinesischer Medizin („zhong yi“) innerhalb und außerhalb Chinas, die stark von der zunehmenden Hegemonie der modernen „westlichen“ Medizin beeinflusst wurde, und die Reaktionen des chinesischen Staates auf diesen Einfluss.

Gleichermaßen prominent vertreten waren Beiträge zu sozialen Bewegungen auf globaler Ebene und zum Einfluss des Militärs auf die soziale und wirtschaftli-

che Entwicklung verschiedener Länder. Devin Wiggs (Northwestern University) beleuchtete innovative Strategien US-amerikanischer Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit Großkonzernen. Sertaç K. Sen (Brown University) präsentierte seine ethnografische Forschung aus der türkischen Grenzregion Ostthrakien, wo das Militär ein hohes Ansehen genießt und eine zentrale Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Region innehat.

Weitere Impulse erhielt die Konferenz durch zwei Eröffnungsvorträge. Die Soziologin Elisabeth Clemens (University of Chicago) begann den ersten Veranstaltungstag mit einer Diskussion zur gleichzeitigen Einführung von Massensteuern und der Ausweitung regulatorischer Eingriffe in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Am Folgetag gab der Soziologe Doron Shifer-Sebba (Northwestern University) einen Einblick in seine langjährige ethnografische Forschung in der Welt Nordamerikas Superreicher.

Das große Engagement aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat maßgeblich zum Erfolg der Konferenz beigetragen. Der intensive Austausch wurde auch während der vielfältigen Freizeitaktivitäten – etwa einer Bootstour über den Chicago River – fortgeführt und wird allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sicher noch lange in Erinnerung bleiben.

Clara Baumann



Von den Krisen der Gegenwart zu einer nigel-nagelneuen Wirtschaftssoziologie?

Konferenz

15. und 16. Juni 2023

Die Sommerkonferenz „Krisenwirtschaft, Kriegswirtschaft“ der DGS-Sektion Wirtschaftssoziologie begann mit einer kniffligen Frage: Müssen wir die Neue Wirtschaftssoziologie „neu“ denken? Wie müssen sich Soziologinnen und Soziologen angesichts der gegenwärtigen Krisen und des Ukraine-Kriegs neu orientieren? Diese Fragen bildeten in den folgenden zwei Tagen den Rahmen für alle Diskussionen. Zum Start umriss *Lisa Suckert* (MPIfG), die die Veranstaltung zusammen mit *Sarah Lenz* (Universität Hamburg) und *Uwe Vormbusch* (Fern-Universität Hagen) organisierte, die Problemlage: Der Fokus der Neuen Wirtschaftssoziologie lag lange darauf, zu erklären, wie Ordnung auf Märkten entsteht und Marktgesellschaften Unsicherheit reduzieren. Was ändert sich, wenn Krisen nun nicht mehr singuläre Ereignisse sind, sondern zu einem Dauerzustand werden und die Ungewissheit ein Ausmaß annimmt, das sich kaum mehr einhegen lässt? Brauchen wir eine neue Neue Wirtschaftssoziologie oder gar, wie die Teilnehmenden immer wieder scherzten, eine „nigel-nagelneue“ Wirtschaftssoziologie?

Klaus Kraemer (Universität Graz) griff diese Frage in seinem Vortrag auf. So seien Krisen zwar schon immer plötzliche Ereignisse, die Wandel begünstigen. „Extranormale Krisen“, wie sie derzeit zu beobachten seien, stellten jedoch in einem Schlag Verhaltensmuster breiter Gesellschaftsbereiche auf den Kopf. Ähnlich beschrieb Lars Döpking (Deutsches Historisches Institut, Rom) die Krise als ein fatales Ereignis, das die Rückkehr zur Normalität unmöglich macht. Krisen be-

einflussen den Lauf der Dinge und rufen weitere Krisen hervor. Manuel Schulz (Universität Jena) entwickelte einen phänomenologischen Krisenbegriff, der nach dem Erfahren der Krise auf höchst individueller Ebene sucht. Die zentrale Frage für die Wirtschaftssoziologie wird demnach sein, wie die Krise als dauerhafter Zustand erfahren wird und welche neuen Möglichkeiten sich daraus ergeben. Philip Golka (MPIfG) konzeptualisierte „Assets“ als analytische Linse, um Krisen und deren Auswirkungen zu untersuchen. So kreieren „Assets“ in normalen Zeiten die Möglichkeit spekulativer Zukünfte, in Krisenzeiten jedoch würden diese Zukünfte in Form einer „Deassetization“ enden und eingefordert werden. In solchen Zeiten zeige sich, dass diejenigen von Krisen profitierten, die es sich leisten können, abzuwarten.

Im Weiteren analysierte *Rouven Reinke* (Universität Linz), ob und wie Krisen als Dauerzustand die Positionen von Ökonomen und Ökonominen verändern. Es komme zwar nicht zu einem Paradigmenwechsel, jedoch wichen die Expertinnen und Experten mehr von klassisch rationalen Wirtschaftserklärungen ab und näherten sich einem flexiblen Pragmatismus in der Beantwortung wirtschaftlicher Fragen. *Jens Maeße* (Universität Gießen) knüpfte an die Vorstellung von Pragmatismus in der Krise an und untersuchte, wie sich Politik ändert. Auch er entwarf das Argument eines Krisenpragmatismus, in dem Politik versucht, Probleme der Krise im Hier und Jetzt zu lösen, aber damit auch schon die Grundzüge der nächsten Krise entwickelt. Die Wirtschaftssoziologie sei dem-

nach dazu angehalten, den Blick auf die langfristigen Folgen von Krisenpolitik zu richten. *Malte Doehne* (Universität Zürich) widmete sich in seinem Vortrag der Glass-Cliff-These, der zufolge Frauen in Krisenzeiten eher Führungspositionen beziehen, die als risikoreich und unsicher gelten. Während diese These in gesellschaftlichen Teilbereichen untersucht wurde, weitete Malte Doehne diesen Gedankengang auf die andauernde gesamtgesellschaftliche Krise der letzten Jahre aus. *Alexander Neff* und *Lena Noller* (Ferdinand-Steinbeis-Institut) konzentrierten sich in ihrem Vortrag darauf, wie Unternehmer und Unternehmerinnen mit dem Zustand der kontinuierlichen Krisen umgehen. Dabei zeigten sie vor allem, dass sie ihre Aufmerksamkeit in der Pandemie verstärkt auf die Zulieferer richteten, um Erschütterungen in der Lieferkette zu vermeiden und das Unternehmen so gut wie möglich durchzubringen, eventuell sogar Gewinn aus der Krisensituation zu schlagen. *Katharina Blum* (FU Berlin) erweiterte die Diskussion von der Krise als Dauerzustand hin zu wirtschaftssoziologischen Betrachtungen des Ukraine-Kriegs und der Kriegswirtschaft im Allgemeinen, die in der Neuen Wirtschaftssoziologie kaum bis gar keine Aufmerksamkeit bekommen hat. Dabei erläuterte sie, wie sich Russland im Zuge seiner neuen geökonomischen Ausrichtung sozialpolitisch orientierte, um die unteren Schichten zu mobilisieren und sich weiterhin vom Westen abzugrenzen.

Am Ende stand die Frage immer noch im Raum: In Zeiten von Krieg und Krisen, quo vadis Wirtschaftssoziologie? Beim

gemeinsamen Abendessen scherzten wir, dass noch mehr Einzelstudien von Märkten nötig seien, dass man Märkte für Graupen und Spaghettieis untersuchen müsste. Das Fazit im Plenum fiel nachdenklicher aus und zeigte wichtige Entwicklungspfade für die Wirtschaftssoziologie auf. Einig war man sich, dass der Fokus allein auf Märkte nicht mehr aus-

reicht und breitere Beschreibungen kapitalistischer Strukturen und ihrer Veränderung während der Krise nötig seien. Ob sich dazu die Werkzeuge der Neuen Wirtschaftssoziologie weiterentwickeln und verfeinern lassen, ob eine Rückbesinnung auf die klassische Wirtschaftssoziologie hilfreich ist oder neue Instrumente entwickelt werden müssen, blie-

ben vorerst offene Fragen. Eines stand jedoch fest: Die Wirtschaftssoziologie hat den Anspruch, zu einem besseren Verständnis der gegenwärtigen Turbulenzen beizutragen.

Valentin Rottensteiner

Max Planck Partner Group for the Sociology of Economic Life

Closing Workshop

5. September 2023

Gemeinsam mit dem Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften (IFiS PAN) hatte das MPIfG 2017 die internationale Max Planck Partner Group for the Sociology of Economic Life in Warschau unter der Leitung des Wirtschafts-

soziologen und MPIfG-Alumnus Marcin Serafin gegründet. Anlässlich des Abschlusses der fünfjährigen Forschungskooperation fand im September 2023 ein wissenschaftlicher Workshop statt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Warschau und Köln präsentierten

ihre Forschungsergebnisse und gaben einen Ausblick auf künftige Projekte.

In ihrer Eröffnungsansprache erinnerten Jens Beckert und Marcin Serafin an die Gründungsidee. Ziel war es, Impulse für eine intensive Beschäftigung mit der



Wirtschaft in der polnischen Soziologie zu geben, analog der „New Economic Sociology“, die in den 1990er-Jahren in Europa und den USA Fuß gefasst hatte. Andererseits sollten Forschungsansätze der polnischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften aufgegriffen werden, die für deutsch- und englischsprachige Debatten von Interesse waren, so etwa die partizipative Wirtschaftsforschung. Die Projekte der Partnergruppe beschäftigten sich einerseits mit politischen Konflikten um Zukunftserwartungen, vor allem in der Digitalökonomie, andererseits mit alltäglichen Wirtschaftspraktiken, insbesondere im Kontext von Familien.

In seinem Vortrag zur Soziologie der Inflation analysierte *Marcin Serafin* die Entstehung der öffentlichen Wahrnehmung von Preissteigerungen. Er argumentierte, dass das Wissen über Preisentwicklungen im Alltag unvollständig sei und es keinen direkten Zugang zur Inflation als Aggregatphänomen gebe. Vielmehr entstünden kollektive Vorstellungen über die Entwicklung des Preisniveaus aus Medienberichten wie auch aus geteilten Geschichten und politischer Kommunikation. Dadurch würden Preisänderungen mit normativen und politischen Bedeutungen aufgeladen, aus denen wiederum politische Verantwortungszuschreibungen folgten. Praktisch würden so auch alltägliche Kaufentscheidungen beeinflusst. Der Anstieg des Butterpreises etwa sei in öffentlichen Debatten symbolisch mit der Bedrohung gesellschaftlicher Aufstiegsversprechen verknüpft.

Die Bedeutung von Aufstiegsversprechen spielte auch in *Marta Olcon-Kubickas* Vortrag zur Soziologie intergenerationaler In-vivo-Transfers eine Rolle. Schenkungen von Eltern an ihre erwachsenen Kinder seien auch in Polen vermehrt zu beobachten, wo etwa dreißig Prozent der Eltern ihre erwachsenen Kinder finanziell unterstützen. Auf Basis von Tiefeninterviews mit Eltern und erwachsenen Kindern sowie Fokusgruppen und Finanztagebüchern rekonstru-

ierte *Olcon-Kubicka* die moralischen Strukturen dieser Transferwirtschaft und beschrieb ein System finanzieller Anreize und Strafen, das im Dienst der Förderung „autonomer Lebensführung“ und in Vorstellungen sozialen Aufstiegs begründet sei. Das Narrativ des sozialen Aufstiegs über Generationen hinweg diene dabei als ethisch-moralische Begründung der Transfers. Allerdings tendiere die Kindergeneration im Alltag dazu, diese Transfers zu verbergen, um das Ideal persönlicher Autonomie nicht zu untergraben.

Lisa Suckert zeigte in ihrem Vortrag, wie sich theoretische Überlegungen zur sozialen Konstitution von Zukunftserwartungen auf das Problem des Klimawandels anwenden lassen. Die Klimakrise entziehe Zukunftserwartungen ihre materielle Basis, wenn Wachstumsmodelle und Aufstiegsversprechen infrage gestellt würden. Sie verschiebe die Formen von Wissen, die nötig sind, um Erwartungen auszubilden, etwa im Hinblick auf den meteorologischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel, der durch die zunehmende Erderwärmung hervorgerufen wird. Und schließlich sei die Art, Dauer und Tiefe der Klimakrise als gesellschaftliche Krise ungewiss. Vor diesem Hintergrund ließen sich soziale Bewegungen analysieren, die um die Definition der Klimakrise und um politische Maßnahmen ringen. Ob die Klimakrise als Bedrohung traditioneller Lebensweisen, als industrielles Restrukturierungsprojekt oder als Problem internationaler Ordnungen politisiert werde, hänge davon ab, welche Aspekte von Unsicherheit von sozialen Gruppen aufgegriffen würden.

Joanna Mazur beschrieb in ihrem Vortrag, wie Tech-Firmen systematisch staatliche Regulierung verzögern. Mazurs Projekt zu „Stalling Strategies“ fragte, wie es Plattformen gelingen kann, regulatorischen Raum zu schaffen, zu wachsen und konkurrierende Akteure zu verdrängen. Auf Basis von Pressematerialien, juristischen Publikationen und

ethnografischen Beobachtungen von Gerichtsverfahren erläuterte *Mazur* verschiedene Strategien, mit denen Uber in Polen versuchte, regulatorisches „Updating“ zu verzögern, um eine kritische Masse im lokalen Markt zu erreichen. So habe die Firma unter anderem versucht, ihre Aktivitäten klassifikatorisch aus dem Beförderungsfeld herauszuhalten, es habe Gerichtsverfahren gegen seine Fahrer und Fahrerinnen in die Länge gezogen oder versucht, Einfluss auf die Politik zu nehmen und die Einführung neuer Regularien zu verzögern. Deutlich wurde, wie der wirtschaftssoziologische Fokus auf Temporalitäten, der die Arbeit der Max-Planck-Partnergruppe geprägt hat, sich in das Feld der Regulierungsforschung und politischen Ökonomie übertragen lässt.

Die Vorträge haben gezeigt, wie produktiv die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen der Partnergruppe in Warschau und dem MPIfG in Köln war. Die Hoffnungen auf internationale Synergien haben sich erfüllt und es haben sich robuste Forschungsk Kooperationen entwickelt, die auch nach Ende der Förderphase Bestand haben werden.

Timur Ergen

Website der Partnergruppe

<https://tinyurl.com/Partnergruppe-in-Polen>

Was macht eigentlich ...

Helen Callaghan

Professorin für Politische Ökonomie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Postdoktorandin am MPIfG 2008–2017



Wolfgang Streeck bin ich erstmals knapp ein Jahr nach dem Abitur begegnet, im Garten des Trinity College Oxford. Er spazierte dort in Begleitung von Colin Crouch und meinem Tutor Roberto Franzosi. Letzterer stellte mich spöttisch-stichelnd kurz vor: „This is Helen. She is German. She is a hard worker.“ Begleitend gestikuliert er mit der geballten Faust. Wolfgang Streeck wies ihn zu recht. „Work is good, isn't it? Ohne Fleiß kein Preis.“

Zwei Jahre später kreuzten sich unsere Wege erneut, während meiner Zeit als Hilfskraft bei David Soskice am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Mit meinem Bachelor-Abschluss in PPE (Philosophy, Politics and Economics) war in Deutschland vor den Bolognareformen kein Blumentopf zu gewinnen. Hauptziel meines Brückenjahres in Berlin war daher die Einwerbung eines Promotionsstipendiums an Hochschulen in den USA. Zu den wenigen Veranstaltungen, die ich an der Humboldt-Universität besuchte, gehörte ein Seminar bei Claus Offe. Der hatte Wolfgang Streeck zu Gast und lud nach dessen Vortrag (über Gewerkschaften in der EU) zur Fortsetzung der Diskussion noch in ein Lokal.

Es folgte eine weitere flüchtige Begegnung während einer Summer School an der Université Libre de Bruxelles. Als Texte von Streeck dann im PhD-Programm an der Northwestern University gleich in drei Seminaren (bei Michael Wallerstein, Peter Svensson und Kathleen Thelen) auf dem Syllabus standen, dachte ich mir: „Ach, den kenne ich doch.“

Näher kennenlernen durfte ich das MPIfG und seine Direktoren ab 2003, dank eines Stipendiums, das über das Council for European Studies ausgeschrieben war. Zeitgleich hatte sich mir die Alternative geboten, über ein Chateaubriand Fellowship nach Frankreich zu gehen. Für Kathleen Thelen, bei der ich Rat suchte, war das Dilemma ein No-Brainer: „Why would you want to spend time in Paris when you can be in Cologne?“ Das leuchtete ein. So kam ich nach Köln.

„Why would you want to spend time in Paris when you can be in Cologne?“

Im ersten Stock des MPIfG entstanden große Teile meiner Doktorarbeit über deutsche, britische und französische Regierungs- und Arbeitgeberpositionen bezüglich gesellschaftsrechtlicher EU-Richtlinien, unter anderem zur betrieblichen Mitbestimmung. Thematisch war ich damit am richtigen Ort und auch sonst konnte ich viel mitnehmen. Im Büro nebenan lebte mir Cornelia Woll effizientes Arbeiten vor. Eine Tür weiter promovierte Armin Schäfer, der auch jetzt in Mainz wieder mein Kollege ist. Direkt gegenüber stand mein späterer Ko-Autor Martin Höpner für anregende Gespräche bereit. Beim täglichen Mittagessen, bei den zahlreichen institutsinternen Vorträgen, Workshops, Festen sowie auf mehreren Konferenzreisen (APSA, SASE, CES) konnte ich mit diesen und vielen weiteren MPIfGlern Freundschaften knüpfen, die bis heute fortbestehen.

Einen Tag nach der Disputation machte ich mich auf den Weg nach Florenz, um am Europäischen Hochschulinstitut in der allerersten Kohorte des Max-Weber-Programms ein zweijähriges Post-Doc-Fellowship anzutreten. Einige Implikationen für den europäischen Integrationsprozess, die sich aus meiner

Doktorarbeit ergaben, konnte ich in Florenz zu Papier bringen, bevor Wolfgang Streeck mir noch vor Ablauf des Fellowship eine Stelle am MPIfG anbot. Es folgten neun produktive Jahre in Köln. Während bei meiner Dissertation noch der statische Vergleich diverser Corporate-Governance-Systeme im Fokus gestan-

Eines meiner Ziele für die Lehre: große Vorlesungen durch aktivierende, digitale Elemente lebendiger machen.

den hatte, konnte ich mich in der Habilitationsschrift den historischen Wandlungsprozessen widmen, aus denen diese Systeme im Laufe eines Jahrhunderts hervorgegangen waren. Das Buch über Vermarktlichungsprozesse am Beispiel politischer Auseinandersetzungen um Aktionärsrechte, das neben mehreren Aufsätzen in dieser zweiten MPIfG-Phase entstand, zielt brav mein Regal. Quirlier sind meine Söhne Enda, Oisín und Yuri. Alle drei kamen im Krankenhaus an der Severinstraße nahe dem MPIfG zur Welt.

Nach Einreichung der Habilitationsschrift ging es dann 2017 mit Kind und

Kegel zurück nach Florenz. Dort konnte ich im Anschluss an ein Jean Monnet Fellowship wertvolle Lehrerfahrung sammeln, zunächst im Masterprogramm der James Madison University Florenz und dann an der neu gegründeten School of Transnational Governance. 2021 schließlich erhielt ich einen Ruf nach Mainz. Am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) leite ich seit dem Wintersemester 2021 die Abteilung Politische Ökonomie. Durch die Größe der Universität bieten sich viele Gestaltungsmöglichkeiten. Für meine Forschungsk Kooperation mit der polnischen Juristin Anne-Marie Weber zum Thema Sustainable Corporate Governance konnten wir eine Gastprofessur für sie einwerben. Mein Bestreben, große Vorlesungen durch aktivierende Elemente lebendiger zu machen, wird von der Stiftung Innovation in der Hochschullehre im Rahmen der „Mainzer Modelle für digital erweitertes Lehren und Lernen“ großzügig unterstützt. Das Arbeitsklima am Institut ist hervorragend und der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen wie auch den Studierenden inspiriert. Erfreulicherweise ist auch der Weg nach Köln nicht weit. In der vorlesungsfreien Zeit schaue ich oft und gern in der Paulstraße vorbei.

Mehr zur Person

<https://tinyurl.com/Callaghan-UniMainz>

Zum Weiterlesen

Helen Callaghan

Contestants, Profiteers, and the Political Dynamics of Marketization: How Shareholders Gained Control Rights in Britain, Germany, and France. New York: Oxford University Press, 2018.

Helen Callaghan

Something Left to Lose? Network Preservation as a Motive for Political Resistance to Foreign Takeovers. Review of International Political Economy 22 (2): 391–418 (2015).

Helen Callaghan

Constrain-Thy-Neighbor Effects as a Determinant of Transnational Interest Group Cohesion. Comparative Political Studies 44 (7): 910–31 (2011).

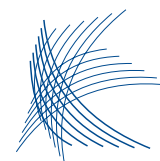
Helen Callaghan

Beyond Methodological Nationalism: How Multilevel Governance Affects the Clash of Capitalisms. Journal of European Public Policy 17 (4): 564–80 (2010).

Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG

Werden Sie Mitglied im Verein der Freunde und Ehemaligen des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung e.V. Der Verein ist das Netzwerk der Ehemaligen, der Kooperationspartner und der Unterstützerinnen und

Unterstützer des MPIfG. Sein Anliegen ist es, den Gedankenaustausch zwischen Freunden und Ehemaligen des MPIfG zu fördern und die Möglichkeit zu schaffen, untereinander und mit ihrem Institut in Verbindung zu bleiben.



MPIfG
friends & alumni

friends@mpifg.de | www.mpihg.de/friends

Werden Sie Teil der Forschungscommunity am MPIfG

Der Forschungsrahmen des MPIfG gibt Raum für eine Vielfalt an Themen und methodischen Ansätzen in den Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Unsere Programme bieten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aller Karrierestufen die Möglichkeit, in einem exzellenten internationalen und interdisziplinären Forschungsumfeld eigene Projekte zu verfolgen.

Internationales Doktorandenprogramm

International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE)

Ein Angebot für besonders begabte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus der ganzen Welt im Bereich der Politikwissenschaften und der Soziologie. Kooperationspartner: Universität zu Köln und Universität Duisburg-Essen; eine binationale Promotion (Cotutelle) mit Sciences Po, Paris, ist möglich.

Bewerbung ab Mitte Dezember bis 15. Februar

Postdoktorandenprogramm

Während einer zweijährigen Forschungsphase am MPIfG arbeiten bereits promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an einem selbst gewählten Projekt und qualifizieren sich weiter durch internationale Zusammenarbeit und Vernetzung.

Bewerbung ab Anfang Oktober bis 15. Dezember

Programme für Gäste

Professorinnen und Professoren, promovierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sowie Promovierende finden bei Gastaufenthalten zwischen zwei und zwölf Monaten neue Impulse für ihre Forschung und beleben den wissenschaftlichen Austausch am MPIfG.

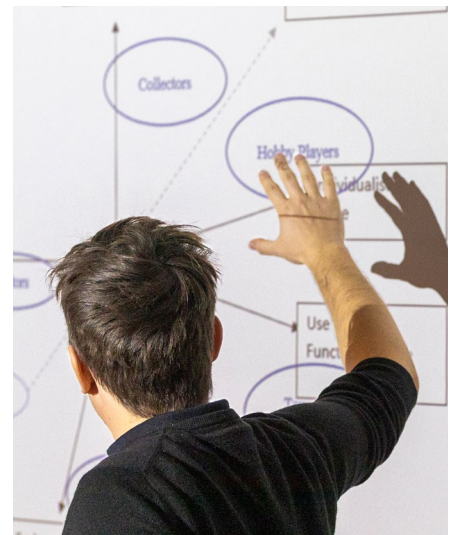
Bewerbung bis 30. April oder 31. Oktober

Erfahrene und renommierte Forscherinnen und Forscher aus den Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften lädt das MPIfG als **Scholars in Residence** nach Köln ein.

Nominierung/Bewerbung bis 30. Oktober

Angebote für Studierende

Bachelor- und Master-Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erhalten im Rahmen einer Beschäftigung als studentische beziehungsweise wissenschaftliche Hilfskräfte oder eines Praktikums Einblicke in laufende Forschungsprojekte und den Institutsalltag am MPIfG. – Bewerbung initiativ oder auf die jeweilige Ausschreibung auf der MPIfG-Website.



Aktuelle Ausschreibungen unter
www.mpifg.de/karriere/ausschreibungen_de

Impressum

Mit dem Forschungsmagazin *Gesellschaftsforschung* informiert das MPIfG zweimal im Jahr mit anschaulichen Artikeln und Berichten über seine Forschungsprojekte und -ergebnisse, Publikationen und Veranstaltungen. Es liefert Hintergrundinformationen aus der Forschung zu Fragen der aktuellen öffentlichen Diskussion. Sie erhalten das Magazin in einer PDF-Fassung per E-Mail oder als Printausgabe. Abonnement und weitere Ausgaben unter www.mpifg.de/magazin-gesellschaftsforschung

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Köln, November 2023

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.

Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Paulstr. 3 | 50676 Köln

Tel. +49 221 2767-0

www.mpifg.de | info@mpifg.de

Redaktion

Anna Zimmermann (verantw.), Christel Schommertz,

Thomas Pott

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis

Titel: picture alliance / STRF/STAR MAX/IPx; MPIfG/Astrid Dünkelfmann 2, 7, 11, 14 r., 15 l., 16, 17, 18, 19 l., 24, 26, 30, 32; COP26, Karwai Tang / Flickr CC BY-NC-ND 2.0 Deed, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0> „Tuntiak Katan speaking at the Forest event at the SEC“ 3; insta_photos / iStockphoto 6; picture alliance / dpa | Daniel Karmann 10; Universität Duisburg-Essen 12; MPIfG / Escuela de Ciencia Política, Universidad Diego Portales 14 l.; MPIfG/Marcus Simaitis 15 r.; Wilfried Hösl 19 r.; Laura Scheer Dimitrijevic 28; MPIfG/Jan Knoff 34 o.; Christoph Seelbach 34 u.; Steven Mileham / Flickr CC BY-NC 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0> „This Isn't Democracy“ 36.

Gestaltung | Satz

pigur design, Potsdam | Jeanette Störtte, Berlin

Mehr Themen und Standpunkte aus der Forschung des MPIfG

Auf seiner Website stellt das MPIfG weitere aktuelle Forschungsprojekte vor und liefert Hintergrundinformationen zu Themen, die zurzeit öffentlich diskutiert werden. Mit ihren „Standpunkten“ kommentieren Forscherinnen und Forscher des MPIfG Entwicklungen in Politik und Wirtschaft. Durch die „Portäts“ lernen Sie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kooperationspartner und Alumni des MPIfG näher kennen. In der Rubrik „Interviews“ sprechen sie über die Bedingungen ihrer Arbeit, neue Methoden und den Wandel der Forschungskommunikation.

www.mpifg.de/forschungsprogramm

Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

Folgen Sie uns auf X

[@MPIfG_Cologne](https://twitter.com/MPIfG_Cologne)

Folgen Sie uns auf Mastodon

[@MPIfG@wisskomm.social](https://mstdn.social/@MPIfG)

Vorschau Winter 2023/2024

Demokratie unter Stress

Institutstag des MPIfG

7. und 8. Dezember 2023

Disruptive Digitalisierung, sich zuspitzende geopolitische Konflikte, ungelöste ökologische Krisen und sich verhärtende Kontroversen um Migration und kulturelle Identität: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen Demokratien vor vielfältigen Herausforderungen, die sich gegenseitig beeinflussen und zum Teil verstärken. Symptome dieser Lage sind der Vertrauensrückgang in politische Institutionen und der augenscheinliche Dauerstress, unter dem zentrale politische und gesellschaftliche Akteure stehen. Wie gehen diese Akteure mit den aktuellen Herausforderungen um und wo liegen neue Potenziale für demokratisches Problemlösen? Gleiche politische Rechte für alle und der friedliche Wettbewerb um Macht im Staat haben nichts an Wert und Bedeutsamkeit eingebüßt, doch die Bedingungen ihrer Verwirklichung müssen neu diskutiert werden. Dazu laden wir Sie im Rahmen des 16. Institutstags herzlich ein.



Der Institutstag wird gemeinsam vom MPIfG und dem Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG gestaltet und organisiert und findet als Präsenzveranstaltung in Köln statt.

Öffentliche Vorträge

Mittwoch, 10. Januar 2024, 16 Uhr

The Logic of Credit: How and Why Credit Rating Agencies Exercise Power within Global Governance

Zsófia Barta, University at Albany

Mittwoch, 31. Januar 2024, 16 Uhr

Companies and Climate Activists in the Transformation toward Deep Decarbonization

Anita Engels, Universität Hamburg

Max Planck Online Workshop in Comparative Political Economy (MAX CPE)

Eine Online-Seminar-Reihe in Vergleichender Politischer Ökonomie, organisiert vom Forschungsbereich „Politische Ökonomie“ am MPIfG. Die Workshop-Sprache ist Englisch.

www.mpifg.de/max-cpe-workshop-series

MPIfG Lectures zum Nachhören

Öffentliche Vorträge, Vorträge auf dem Institutstag und weitere Beiträge des MPIfG als Audio- und Video-Podcasts

www.mpifg.de/podcasts

Aktuelle Veranstaltungen am MPIfG

www.mpifg.de/veranstaltungen